

PRESSEMITTEILUNG

verantwortlich: Volker Wiebels
Pressesprecher

☎ 0208 / 455 13 50

☎ 0208 / 455 58 13 50

☎ 0171 / 552 71 28

@ Volker.Wiebels@muelheim-ruhr.de



Mittwoch, 18. Februar 2015

Einladung zum Pressefototermin

am **Dienstag, 24. Februar 2015,**

12.30 Uhr, auf dem "Platz der Republik"

10117 Berlin, direkt vor dem Reichstag an der Absperrung

Rund 50 Stadtchefs und ihre Kämmerer vertreten rund 8 Millionen Bundesbürger in Berlin

Bundestagsvizepräsident Peter Hintze heißt dort das parteiübergreifende Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" mit Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern und Kämmerern von 47 finanziell um ihre politische Gestaltungsfähigkeit ringenden Kommunen aus sieben Bundesländern willkommen. Sie werden nach am selben Vormittag geführten Sachgesprächen mit allen Bundestagsfraktionen mit einem fotowirksamen Signum mehr Bundeshilfe fordern - als Hilfe zur Selbsthilfe bei eigenen vielfältigen Sparmaßnahmen. **Vorbereitet wird eine Pressenotiz mit den konkreten Forderungen nach einer politischen Initiative noch in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestags zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems und einer baldigen Plenardebatte im Deutschen Bundestag zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und armen Kommunen. Reden werden nicht gehalten.** Doch selbstverständlich stehen die Verwaltungschefs und Finanzdezernenten für O-Töne und Interviews zur Verfügung. Gegen Abend wird das Aktionsbündnis auch mit Vizekanzler Sigmar Gabriel zusammentreffen.

Zum Fototermin sind die Medienvertreter sehr herzlich eingeladen. Für Rückfragen stehen gern zur Verfügung: Nicole Borninghoff (02 08 / 4 55 99 22), Geschäftsführerin des Aktionsbündnisses, und Volker Wiebels, (02 08 / 4 55 13 50) Pressesprecher der Stadt Mülheim an der Ruhr.

Mittwoch, 18. Februar 2015

Für das Aktionsbündnis: Hochrangige Gesprächspartner in Berlin

Sigmar Gabriel, Peter Hintze und Co. treffen Stadtchefs

Gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet werden am Montag und Dienstag Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld und Kämmerer Uwe Bonan für das Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern in Berlin Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

Revier-Bürgermeister machen in Berlin mobil

Große Delegation reist am Montag zu Vizekanzler Sigmar Gabriel, um auf die Haushaltsnotlage ihrer Städte hinzuweisen. Insgesamt haben sich 51. Stadtoberhäupter aus sieben Ländern zusammengetan

Von Tobias Bastus

Düsseldorf. Mit einem massiven Aufgebot an Bürgermeistern und Kämmerern aus dem gesamten Bundesgebiet machen die hochverschuldeten NRW-Städte kommende Woche in Berlin mobil. Unter der Führung von Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihres Wuppertaler Kollegen Peter Jung (CDU) werden 51 Stadtoberhäupter und kommunale Finanzverantwortliche am 23. und 24. Februar bei Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) sowie Vertretern aller Bundestagsfraktionen auf ihre Haushaltsnotlage aufmerksam machen.

Forderung nach Entlastung

In dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ hatten sich im vergangenen Herbst 51 Gemeinden aus sieben Bundesländern zusammengeschlossen, die insgesamt mehr als acht Millionen Einwohner vertreten. Es ist die bundesweite Ausdehnung der NRW-Initiative „Raus aus den Schulden“, die vor knapp fünf Jahren bereits im Landtag einen parteiübergreifenden Bewusstseinswandel für die Finanzklemme der Kommunen herbeigeführt hatte.

Was als allzu vertrautes Klagelied des Reviers noch vor kurzem an höherer Stelle kaum mehr ignoriert wurde, ist

inzwischen bundesweit zu hören: Auch Städte wie Ludwigshafen, Kaiserslautern oder Rostock sind finanziell gebeutelt und erwarten nachhaltige Hilfe von Bund und Ländern. Deshalb haben sie sich der Initiative von Mülheims OB Mühlenfeld und ihrer NRW-Kollegen angeschlossen.

Sie alle versammeln sich hinter der „Erklärung von Kaiserslautern“, die massive Entlastungen insbesondere bei den Sozialkosten verlangt. Obwohl eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, schnüren die wach-

senden Ausgaben für Alte, Kranke, Behinderte und Arbeitslose seit Jahren jenen Städten die finanziellen Handlungsspielräume ein, die nicht über sprudelnde lokale Steuerquellen verfügen. „Es geht um das Grundrecht auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen deutschen Städten“, erklärt Mülheims Sprecher.

In Berlin soll nun erreicht werden, dass sich der Bundestag mit einer Neuordnung der Soziallastenfinanzierung und einem Sonderentlastungsprogramm für die am stärksten verschuldeten Städte in Deutschland befasst. Neben Gabriel treffen die Kommunalvertreter auch die Chefs der Regierungsfaktionen, Volker

Kauder (Union) und Thomas Oppermann (SPD).

Kurzfristig pochen die klammen Städte darauf, dass die von Union und SPD im Koalitionsvertrag 2013 versprochene Entlastung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich auch wirklich bis 2017 umgesetzt wird. Seit Monaten tobt ein Interpretationsstreit darüber, wann und in welchem Umfang die Entlastungen wirklich kommen sollen.

Vizekanzler Gabriel hat vergangene Woche in einem Schreiben an das Aktionsbündnis lediglich erklärt, dass nach seinem Geschmack „bereits in 2017 mit einer stufen-

Streit um Entlastung für die Städte

■ Die Große Koalition hat den Kommunen im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode eine **Entlastung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte** in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich versprochen. Dennoch gibt es Streit um Umfang, Höhe und Zeitpunkt der für viele Städte lebensnotwendigen Zahlungen.

weisen Entlastung von zusätzlich bis zu zwei Milliarden Euro“ begonnen werden solle. Ob das ausreicht?

Im Teufelskreis der Schulden

Schon jetzt ist in den besonders hoch verschuldeten Städten wie Oberhausen zu besichtigen, welcher Negativkreislauf selbst bei bestem Willen in Gang gesetzt werden kann. Anders als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat sich Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen seit 2010 auf die Argumentation des Aktionsbündnisses eingelassen und das milliarden schwere Hilfsprogramm „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ aufgelegt. Doch die damit abverlangten eigenen Sparanstrengungen der Städte führen nicht nur in Oberhausen zu einem Mix aus immer neuen Gebühren- und Steuererhöhungen, die Wohnen und Ansiedlungen wiederum unattraktiver machen. Ein Teufelskreis, aus dem es ohne den Bund wohl kein Entrinnen gibt.

Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD). FOTO: GIAGLA

Peter Jung (CDU), OB von Wuppertal
FOTO: SEBASTIAN JÄRCH



Lebensbedingungen in Schieflage

Stadtspitzen aus ganz Deutschland reisen unter Leitung der Mülheimer OB nach Berlin und fordern eine Debatte zu den kommunalen Finanzen

Gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet werden am kommenden Montag und Dienstag, 23./24. Februar, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld und Mülheims Kämmerer Uwe Bonan für das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ von hochrangigen Bundespolitikern in Berlin Gerechtigkeit für Kommunen einfordern.

„Wir brauchen in den Städten wieder gleiche Lebensbedingungen.“

Dagmar Mühlenfeld, OB

Es ist das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass die Städte sich auf diese Weise bei der Bundespolitik Gehör verschaffen. Die Städte sehen sich in einer akuten Notlage und fordern vom Bund konkrete Hilfen. Es geht, so Dagmar Mühlenfeld um soziale Gerechtigkeit. „Wir brauchen in den Städten wieder gleiche Lebensbedingungen.“ Derzeit gehe jedoch die Schere von armen und reichen Städten immer weiter auseinander. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist daher eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom



Ein Treffen des Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ im vergangenen Jahr in Mülheim.

FOTO: FABIAN STRAUCH

Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

Die Städte und Gemeinden verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, auch damit ihre eigenen Sparbemühungen zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen. Die Stadt Mülheim etwa steuert auf eine Verschuldung von 1,4 Milliarden zu. Allein in diesem Jahr muss der Kämmerer rund 80 Millionen Euro neue Schulden machen. Viele Landes- und Bundesge-

setze sowie immer neue gesellschaftliche Herausforderungen zwingen die Städte zu Ausgaben, die sie allein nicht stemmen können und die sie zu weiteren Schulden zwingen. Gleichzeitig fehlen Gelder für Investitionen in die eigene Infrastruktur.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel

treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind unter anderem verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU), Thomas Oppermann (SPD) und der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen). Angeführt wird die Delegation von Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU). ah

Neue Ruhr Zeitung, Mülheim, 19. Februar 2015

OBs machen in Berlin mobil

51 Stadtoberhäupter wollen bei Sigmar Gabriel auf ihre Haushaltsnotlage aufmerksam machen

Düsseldorf. Mit einem massiven Aufgebot an Bürgermeistern und Kämmerern aus dem gesamten Bundesgebiet machen die hochverschuldeten Ruhrgebietsstädte in Berlin mobil. Unter der Führung von Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihres Wuppertaler Kollegen Peter Jung (CDU) werden insgesamt 51 Stadtoberhäupter und kommunale Finanzverantwortliche am 23. und 24. Februar bei Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sowie Vertretern aller Bundestagsfraktionen auf ihre Haushaltsnotlage aufmerksam machen.

In dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ hatten sich im vergangenen Herbst 51 Städte aus sieben Bundesländern zusammengeschlossen, die insgesamt mehr als acht Millionen Einwohner vertreten. Es ist die bundesweite Ausdehnung der NRW-Initiative „Raus aus den Schulden“.



Dagmar Mühlenfeld FOTO: STRAUCH

In Berlin soll nun erreicht werden, dass sich der Bundestag mit einer Neuordnung der Soziallastenfinanzierung und einem Sondertilgungsprogramm für die am stärksten verschuldeten Städte in Deutschland befasst.

Kurzfristig pochen die Kommunalvertreter darauf, dass die von Union und SPD im Koalitionsvertrag 2013 versprochene Entlastung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich auch wirklich bis 2017 umgesetzt wird. Vizekanzler Gabriel hat in einem Schreiben an das Aktionsbündnis im Vorfeld des Treffens lediglich erklärt, dass „bereits in 2017 mit einer stufenweisen Entlastung von zusätzlich bis zu zwei Milliarden Euro“ begonnen werden solle.

tobi



Für das Aktionsbündnis: Hochrangige Gesprächspartner in Berlin

Sigmar Gabriel, Peter Hintze und Co. treffen Stadtchefs



Gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet werden am Montag und Dienstag Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld und Kämmerer Uwe Bonan für das Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern in Berlin Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.



Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzenler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige

Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

Weitere Informationen zum [Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte"](#).

Kontakt

[Volker Wiebels](#)

<https://www.stadt-mh.de/cms/index.php?action=auswahl&fuid=0ddc0913d0fe2e091489078eb419eb24>

Abos | Service & AboPlus | Shops | E-Paper | Apps | Newsletter | Inserieren | Media | Automarkt | Immobilien | Stellen | Branchenbuch

WAZ NRW DERWESTEN

NRW 3°C Suchbegriff Login | Registrieren

NEWS | LOKALES | POLITIK | SPORT | PANORAMA | WIRTSCHAFT | KULTUR | REISE | AUTO | RATGEBER | WOHNEN | SPIELE | VIDEOS

Schule und Campus USA Meinung Stadtverwaltungen in NRW

Start » Politik » Stadtfinanzen: Revier-Oberbürgermeister wollen in Berlin Unterstützung fordern 19.02.2015

Stadtfinanzen

Revier-Oberbürgermeister wollen in Berlin Unterstützung fordern

18.02.2015 | 18:37 Uhr



Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld führt die Delegation von Bürgermeistern an, die in Berlin mehr Unterstützung für klamme Kommunen fordern will. Foto: Stephan Glagla

Düsseldorf. Eine große Delegation von Stadtoberhäuptern reist am Montag zu Vizekanzler Sigmar Gabriel nach Berlin, um auf die Haushaltsnotlage ihrer Städte hinzuweisen.

Mit einem massiven Aufgebot an Bürgermeistern und Kämmerern aus dem gesamten Bundesgebiet machen die hochverschuldeten NRW-Städte kommende Woche in Berlin mobil.

Unter der Führung von Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihres Wuppertaler Kollegen Peter Jung (CDU) werden 51 Stadtoberhäupter und kommunale Finanzverantwortliche am 23. und 24. Februar bei Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) sowie Vertretern aller Bundestagsfraktionen auf ihre Haushaltsnotlage aufmerksam machen.

Forderung nach Entlastung

In dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ hatten sich im vergangenen Herbst 51 Gemeinden aus sieben Bundesländern zusammengeschlossen, die insgesamt mehr als acht Millionen Einwohner vertreten. Es ist die bundesweite Ausdehnung der NRW-Initiative „Raus aus den Schulden“, die vor knapp fünf Jahren bereits im Landtag einen parteiübergreifenden Bewusstseinswandel für die Finanzklemme der Kommunen herbeigeführt hatte.

Lesen Sie auch:



[Arme Städte finden Verbündete außerhalb von NRW](#)

Kaiserslautern/Mülheim. Mit einem deutschlandweiten Bündnis wollen hoch verschuldete Städte Bund und Ländern NRW bestehende Aktionsbündnis „Für die...

Was als allzu vertrautes Klagelied des Reviers noch vor kurzem an höherer Stelle kaum mehr ignoriert wurde, ist inzwischen bundesweit zu hören: Auch Städte wie Ludwigshafen, Kaiserslautern oder Rostock sind finanziell gebeutelt und erwarten nachhaltige Hilfe von Bund und Ländern. Deshalb haben sie sich der Initiative von Mülheims OB Mühlenfeld und ihrer NRW-Kollegen angeschlossen.

Wachsende Ausgaben

Sie alle versammeln sich hinter der „Erklärung von Kaiserslautern“, die massive Entlastungen insbesondere bei den Sozialkosten verlangt. Obwohl eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, schnüren die wachsenden Ausgaben für Alte, Kranke, Behinderte und Arbeitslose seit Jahren jenen Städten die finanziellen Handlungsspielräume ein, die nicht über sprudelnde lokale Steuerquellen verfügen. „Es geht um das Grundrecht auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen deutschen Städten“, erklärt Mühlenfelds Sprecher.

In Berlin soll nun erreicht werden, dass sich der Bundestag mit einer Neuordnung der Soziallastenfinanzierung und einem Sondertilgungsprogramm für die am stärksten verschuldeten Städte in Deutschland befasst. Neben Gabriel treffen die Kommunalvertreter auch die Chiefs der Regierungsfractionen, Volker Kauder (Union) und Thomas Oppermann (SPD).

Fünf Milliarden Euro waren versprochen

Kurzfristig pochen die klammen Städte darauf, dass die von Union und SPD im Koalitionsvertrag 2013 versprochene Entlastung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich auch wirklich bis 2017 umgesetzt wird. Seit Monaten tobt ein Interpretationsstreit darüber, wann und in welchem Umfang die Entlastungen wirklich kommen sollen.

Lesen Sie auch:



[CDU bemängelt falsche Zahlen beim Stärkungspakt](#)

Der "Stärkungspakt Stadtfinanzen" ist ein Prestigeobjekt der rot-grünen Landesregierung. Die CDU wirft der Regierung nun vor, mit falschen Zahlen zu...

Vizekanzler Gabriel hat vergangene Woche in einem Schreiben an das Aktionsbündnis lediglich erklärt, dass nach seinem Geschmack „bereits in 2017 mit einer stufenweisen Entlastung von zusätzlich bis zu zwei Milliarden Euro“ begonnen werden solle. Ob das ausreicht?

Im Teufelskreis der Schulden

Schon jetzt ist in den besonders hoch verschuldeten Städten wie Oberhausen zu besichtigen, welcher Negativkreislauf selbst bei bestem Willen in Gang gesetzt werden kann. Anders als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat sich Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen seit 2010 auf die Argumentation des Aktionsbündnisses eingelassen und das milliardenschwere Hilfsprogramm „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ aufgelegt.

Doch die damit abverlangten eigenen Sparanstrengungen der Städte führen nicht nur in Oberhausen zu einem Mix aus immer neuen Gebühren- und Steuererhöhungen, die Wohnen und Ansiedlungen wiederum unattraktiver machen. Ein Teufelskreis, aus dem es ohne den Bund wohl kein Entrinnen gibt.

Tobias Blasius

Politik

Revier-Oberbürgermeister machen in Berlin mobil

19.02.2015 | 00:12 Uhr

Düsseldorf. Mit einem massiven Aufgebot an Bürgermeistern und Kämmerern aus dem gesamten Bundesgebiet machen die hoch verschuldeten Ruhrgebietsstädte kommende Woche in Berlin mobil.

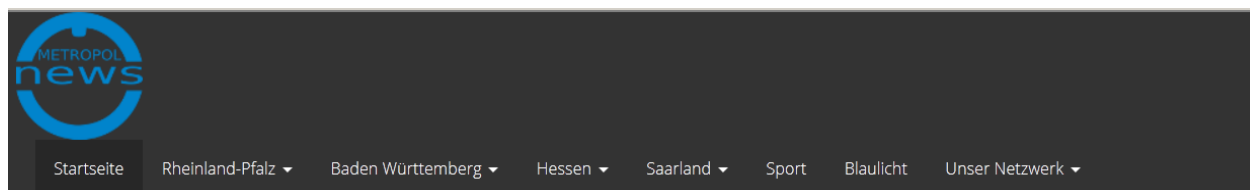
Unter der Führung von Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihres Wuppertaler Kollegen Peter Jung (CDU) werden 51 Stadtoberhäupter und kommunale Finanzverantwortliche am 23. und 24. Februar bei Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) sowie Vertretern aller Bundestagsfraktionen auf ihre Haushaltsnotlage aufmerksam machen.

In dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ hatten sich im vergangenen Herbst 51 Städte aus sieben Bundesländern zusammengeschlossen, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten. Es ist die bundesweite Ausdehnung der NRW-Initiative „Raus aus den Schulden“, die vor knapp fünf Jahren bereits im Landtag einen parteiübergreifenden Bewusstseinswandel für die Finanzklemme der Kommunen herbeigeführt hatte.

In Berlin soll nun erreicht werden, dass sich der Bundestag mit einer Neuordnung der Soziallastenfinanzierung und einem Sondertilgungsprogramm für die am stärksten verschuldeten Städte in Deutschland befasst. Kurzfristig pochen die Kommunalvertreter darauf, dass die von Union und SPD im Koalitionsvertrag 2013 versprochene Entlastung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich auch wirklich bis 2017 umgesetzt wird. Vizekanzler Gabriel hat in einem Schreiben an das Aktionsbündnis lediglich erklärt, dass „bereits in 2017 mit einer stufenweisen Entlastung von zusätzlich bis zu zwei Milliarden Euro“ begonnen werden solle.

Tobias Blasius

<http://www.derwesten.de/politik/revier-oberbuergermeister-machen-in-berlin-mobil-id10371151.html>



Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte" in Berlin

19. Februar 2015 - 11:12

[KL](#)

Kommunales

Kaiserslautern - Oberbürgermeister und Finanzdezernent Dr. Klaus Weichel wird am kommenden Montag und Dienstag in Berlin gemeinsam mit 50 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern.

Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

Text:

Stadtverwaltung Kaiserslautern

<http://www.metropolnews.info/mpn100312/kaiserslautern/kommunales/aktionsbueundnis-fuer-die-wuerde-unserer-staedte-in-berlin>



Aktionsbündnis der Städte fährt nach Berlin

Oberbürgermeister Horst Schiereck und Kämmerer Dr. Hans Werner Klee werden am Montag (23.3.2015) und Dienstag in Berlin gemeinsam mit 49 Kollegen vom Aktionsbündnis Für die Würde unserer Städte von Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Sie verlangen mehr Bundes- und Länder-Unterstützung, damit Sparbemühungen der Städte zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen können.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungs-Beamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen.

18. Februar 2015, 15:46 Uhr

<http://www.halloherne.de/artikel/aktionsbueundnis-der-staedte-faehrt-nach-berlin-6766.htm?k=kat>



Pressemeldung 18.02.2015

Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte"

Hochrangige Gesprächspartner in Berlin

Bürgermeister und Finanzdezernent Günter Beck wird am Montag und Dienstag in Berlin gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Sie alle verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sporbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

<http://www.mainz.de/WGAPublisher/online/html/default/jkir-9tuhu4.de.html;jsessionid=6182A3D3D90C13EBB4DB8AE6AA9D4826>



"Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte" - Hochrangige Gesprächspartner in Berlin für das Aktionsbündnis

18. Februar 2015 – Hagens Oberbürgermeister Erik O. Schulz und Kämmerer Christoph Gerbersmann werden am Montag und Dienstag in Berlin gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen. Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

<http://www.hagen-in-westfalen.de/pressemeldungen-aus-hagen/>



Lokalnachrichten für Hagen
hier bei TV58.de

Kontakt: Tel. 02331/7842324 – Mobil 01577/3131526
redaktion@tv58.de – tv58.de@gmail.com

Hochrangige Gesprächspartner in Berlin für das Aktionsbündnis

Hagen. Hagens Oberbürgermeister Erik O. Schulz und Kämmerer Christoph Gerbersmann werden am Montag und Dienstag in Berlin gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen. Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

<https://tv58.wordpress.com/2015/02/18/hochrangige-gesprachspartner-in-berlin-fur-das-aktionsbundnis/>

anmelden | neu registrieren | Passwort vergessen? | RSS Feed anmelden | Branchenbuch

LOCALXXL™
Nachrichten aus Deiner Stadt.

PLZ / Ort / Nachrichten

Suchen

Sie sind hier: LocalXXL | → | Deutschland | → | Nordrhein-Westfalen | → | **Mülheim an der Ruhr**

Für das Aktionsbündnis: Hochrangige Gesprächspartner in Berlin

[Mülheim an der Ruhr](#), Mi. 18.02.15 12:32
Nachrichten von Stadt_Muelheim_an_der_Ruhr

Sigmar Gabriel, Peter Hintze und Co. treffen Stadtchefs: Gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet werden am Montag und Dienstag Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld und Kämmerer Uwe Bonan für das Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern in Berlin Gerechtigkeit für Kommunen einfordern.

[vollständige Nachricht](#)

Hochrangige Gesprächspartner in Berlin für das Aktionsbündnis

Meldung vom 18. Februar 2015

Oberbürgermeister Horst Schiereck und Kämmerer Dr. Hans Werner Klee werden am Montag und Dienstag in Berlin gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern.

Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

http://www.herne.de/kommunen/herne/ttw.nsf/id/DE_Hochrangige-Gespraechspartner-in-Berlin-fuer-das-Aktionsbuendnis?OpenDocument&l=DE&ccm=000040040



Münsterpanorama

ganz links im Hintergrund der Wasserturm, mittig: historisches Rathaus (ehem. Benediktinerabtei) und Münster, rechts: Museum Abteiberg.

**Newsroom**

19.02.2015



Rund 50 Stadtchefs und Kämmerer machen in Berlin mobil - Hochrangige Gesprächspartner in Berlin für das „Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte“

Stadtkämmerer und Stadtdirektor Bernd Kuckels wird am Montag und Dienstag, 23. und 24. Februar, in Berlin gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen. (pmg/sp)

STADT Cuxhaven

Home | Kontakt | Presse | Sitemap | Impressum

Hier einen Suchbegriff eingeben!

Unsere Stadt | Verwaltung | Politik | **Aktuell** | Bürgerservice | CUXGIS | Ticket-Shop

Servicezeiten | Service | **Veranstaltungen**

Sie befinden sich hier: [Start](#) > [Aktuell](#) > [Pressemeldungen](#)

Veranstaltungen

Veranstaltungskalender

Jul. 2010

KW	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
26				1	2	3	4
27	5	6	7	8	9	10	11
28	12	13	14	15	16	17	18
29	19	20	21	22	23	24	25
30	26	27	28	29	30	31	

Für mehr als acht Millionen Einwohner fordern Oberbürgermeister und Kämmerer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Parteiübergreifendes Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ verlangt Plenardebatte im Deutschen Bundestag

Cuxhaven.

Nachdem auch die Stadt Cuxhaven trotz harter und andauernder eigener Sparmaßnahmen keinen Weg aus der Schuldenfalle finden kann, fordern Oberbürgermeister Dr. Ulrich Getsch und Stadtkämmererin Andrea Pospich gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus Städten in ähnlicher Situation die Verantwortung der Bundesregierung ein. Am 23. und 24. Februar finden in Berlin Gespräche des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ zunächst mit hochrangigen Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages und anschließend mit der Bundesregierung statt.

Weil die vielerorts dramatisch hohen Altschulden nicht selbstverursacht, sondern die Folge von Jahrzehnte lang beschlossenen Gesetzen zu Lasten der Kommunen ohne ausreichende Gegenfinanzierung sind, reisen dazu rund 50 Hauptverwaltungsbeamte und Kämmerer aus sieben Bundesländern ausdrücklich nicht als Bittsteller, sondern aufrecht, selbstbewusst und mit der Forderung nach Gerechtigkeit in die Bundeshauptstadt.

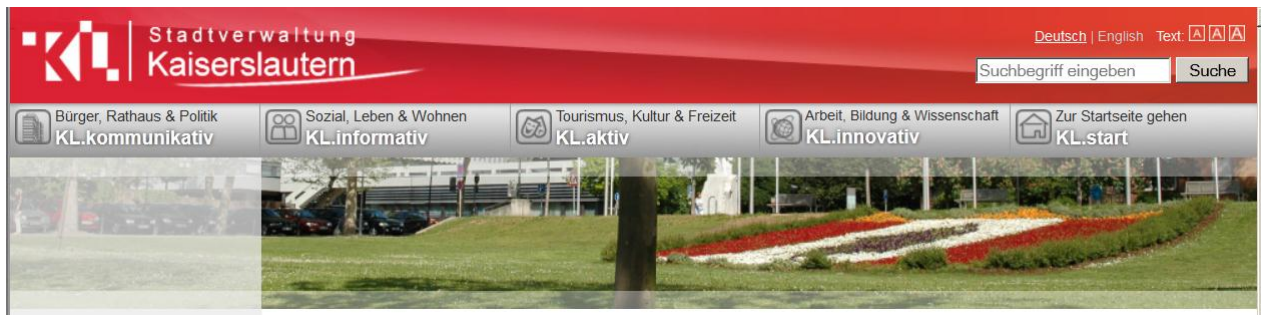
„Die Entschuldung der Kommunen ist auf Länderebene unterschiedlich geregelt. Wir sind mit dem Land Niedersachsen im Rahmen des „Zukunftsvertrages“ zur Entschuldung unserer Stadt auf einem guten Weg. Gleichwohl unterstützen wir mit der Fahrt nach Berlin das Aktionsbündnis über Ländergrenzen hinweg. Dies wurde im Rat am 9. Dezember einstimmig beschlossen. Wir fordern auch den Bund auf, sich seiner Verantwortung zu stellen und Städte nicht im Schuldenregen stehen zu lassen.“ So Oberbürgermeister Dr. Ulrich Getsch.

„Als Vertreter von Städten mit insgesamt mehr als acht Millionen Einwohnern verlangen wir eine baldige Plenardebatte im Deutschen Bundestag zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Gestaltungsfähigkeit ringenden Kommunen sowie eine politische Initiative zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode.“ Das formulieren als Sprecher des Bündnisses Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und ihr Wuppertaler OB-Kollege Peter Jung (CDU).

Dass parteiübergreifend zusammenstehende Stadtvertreter mit ihren Forderungen nach Hilfe zur Selbsthilfe nachweisbar Erfolg haben können, hatte das Aktionsbündnis in Nordrhein-Westfalen belegt, als es dank breiter öffentlicher Unterstützung den Landtag zu einer Sondersitzung über die Notlage vieler Kommunen zwang – die Grundlage für den späteren „NRW-Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Ende November öffnete sich dann das Bündnis für künftig bundesweite Aktionen mit vielen weiteren Kommunen in ähnlicher Notlage. Mit dem „Kaiserslauterer Appell“ formuliert es bereits für 48 Städte aus sieben Bundesländern konkrete Forderungen.

Pospich ergänzt: „Wir haben keinen Zweifel, dass unsere Mandatsträger in Fraktion und Parteigremien für die Heimatstadt kämpfen. Politik bewährt sich vor Ort. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass finanziell schlechter gestellte Kommunen wieder handlungsfähig werden. Falls Städte nicht mehr in der Lage sind, ihre für die Bürger wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, droht ein hohes Risiko für die Demokratie.“

http://www.cuxhaven.de/staticsite/staticsite.php?menuid=53&topmenu=16&tabid_10=3&switch_todate=1277935200



Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte" in Berlin

Kommunen fordern gerechtere Finanzausstattung

Oberbürgermeister und Finanzdezernent Dr. Klaus Weichel wird am kommenden Montag und Dienstag in Berlin gemeinsam mit 50 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

Autor/in: Nadin Robarge - Pressestelle
Kaiserslautern, 19.02.2015

http://www.kaiserslautern.de/buerger_rathaus_politik/medienportal/pressemitteilungen/038920/index.html.de



Forderung nach Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Parteiübergreifendes Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ verlangt Plenardebatte im Deutschen Bundestag

Lahnstein. Nachdem auch die Stadt Lahnstein trotz harter und andauernder eigener Sparmaßnahmen keinen Weg aus der Schuldenfalle finden kann, fordern Oberbürgermeister Peter Labonte, die Beigeordneten Adalbert Dornbusch, Beatrice Schnapke-Schmidt, Sebastian Seifert, die Mitglieder des Lahnsteiner Stadtrats sowie der Lahnsteiner Kämmerer Reinhard Theisen gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus Städten in ähnlicher Situation die Verantwortung auch der Bundesregierung ein. Das parteiübergreifende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ führt dazu am 23. und 24. Februar in Berlin zunächst Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages und anschließend mit der Bundesregierung.

Weil die vielerorts dramatisch hohen Altschulden nicht selbstverursacht, sondern die Folge von Jahrzehnte lang beschlossenen Gesetzen zu Lasten der Kommunen ohne ausreichende Gegenfinanzierung sind, reisen dazu rund 50 Hauptverwaltungsbeamte und Kämmerer aus sieben Bundesländern ausdrücklich nicht als Bittsteller, sondern aufrecht, selbstbewusst und mit der Forderung nach Gerechtigkeit in die Bundeshauptstadt.

„Als Vertreter von Städten mit insgesamt mehr als acht Millionen Einwohnern verlangen wir eine baldige Plenardebatte im Deutschen Bundestag zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Gestaltungsfähigkeit ringenden Kommunen sowie eine politische Initiative zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode.“ Das formulieren als Sprecher des Bündnisses Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und ihr Wuppertaler OB-Kollege Peter Jung (CDU).

Dass parteiübergreifend zusammenstehende Stadtvertreter mit ihren Forderungen nach Hilfe zur Selbsthilfe nachweisbar Erfolg haben können, hatte das Aktionsbündnis in Nordrhein-Westfalen belegt, als es dank breiter öffentlicher Unterstützung den Landtag zu einer Sondersitzung über die Notlage vieler Kommunen zwang – die Grundlage für den späteren „NRW-Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Ende November öffnete sich dann das Bündnis für künftig bundesweite

Aktionen mit vielen weiteren Kommunen in ähnlicher Notlage. Mit dem „Kaiserslauterer Appell“ formuliert es bereits für 48 Städte aus sieben Bundesländern konkrete Forderungen.

Nachdem Oberbürgermeister Peter Labonte im Vorfeld der Gespräche mit der Bundespolitik die eigenen Wahlkreisabgeordneten um aktive Unterstützung gebeten hat, ist er überzeugt: „Wir haben keinen Zweifel, dass unsere Mandatsträger für die Stadt Lahnstein kämpfen. Politik bewährt sich vor Ort. Der Bund muss aus Eigeninteresse dafür sorgen, dass finanziell schlechter gestellte Kommunen wieder handlungsfähig werden. Falls Städte nicht mehr in der Lage sind, ihre für die Bürger wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, droht ein hohes Risiko für die Demokratie.“

[http://www.lahnstein.de/aktuelles/pressemitteilungen/detailansicht/?tx_ttnews\[backPid\]=114&tx_ttnews\[tt_news\]=896&cHash=edec78f682574fa58616fddf7715851f](http://www.lahnstein.de/aktuelles/pressemitteilungen/detailansicht/?tx_ttnews[backPid]=114&tx_ttnews[tt_news]=896&cHash=edec78f682574fa58616fddf7715851f)



Oberbürgermeister und Kämmerer fordern Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Nachdem auch die Stadt Mörfelden-Walldorf trotz harter und andauernder eigener Sparmaßnahmen keinen Weg aus der Schuldenfalle finden kann, ohne die Bürgerinnen und Bürger fortlaufend stärker zu belasten, fordern Bürgermeister Heinz-Peter Becker und Finanzdezernent Franz-Rudolf Urhahn gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus Städten in ähnlicher Situation die Verantwortung der Bundesregierung ein. Sie nehmen am 23. und 24. Februar in Berlin an Gesprächen des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ zunächst mit hochrangigen Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages und anschließend mit der Bundesregierung teil.

Weil die vielerorts dramatisch hohen Altschulden nicht selbst verursacht, sondern die Folge von Jahrzehnte lang beschlossenen Gesetzen zu Lasten der Kommunen ohne ausreichende Gegenfinanzierung sind, reisen dazu rund 50 Hauptverwaltungsbeamte und Kämmerer aus sieben Bundesländern ausdrücklich nicht als Bittsteller, sondern aufrecht, selbstbewusst und mit der Forderung nach Gerechtigkeit in die Bundeshauptstadt.

„Als Vertreter von Städten mit insgesamt mehr als acht Millionen Einwohnern verlangen wir eine baldige Plenardebatte im Deutschen Bundestag zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Gestaltungsfähigkeit ringenden Kommunen sowie eine politische Initiative zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode.“ Das formulieren als Sprecher des Bündnisses Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und ihr Wuppertaler OB-Kollege Peter Jung (CDU).

Dass parteiübergreifend zusammenstehende Stadtvertreter mit ihren Forderungen nach Hilfe zur Selbsthilfe nachweisbar Erfolg haben können, hatte das Aktionsbündnis in Nordrhein-Westfalen belegt, als es dank breiter öffentlicher Unterstützung den Landtag zu einer Sondersitzung über

die Notlage vieler Kommunen zwang – die Grundlage für den späteren „NRW-Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Ende November öffnete sich dann das Bündnis für künftig bundesweite Aktionen mit vielen weiteren Kommunen in ähnlicher Notlage. Mit dem „Kaiserslauterer Appell“ formuliert es bereits für 48 Städte aus sieben Bundesländern konkrete Forderungen.

Politik bewährt sich vor Ort. Der Bund muss aus Eigeninteresse dafür sorgen, dass finanziell schlechter gestellte Kommunen wieder handlungsfähig werden. Falls Städte nicht mehr in der Lage sind, ihre für die Bürger wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, droht ein hohes Risiko für die Demokratie.

<http://www.moerfelden-walldorf.de/default.asp?action=article&ID=2699>

LANDESHAUPTSTADT
SAARBRÜCKEN
unglaublich vielfältig

Sprache
DE EN FR Partner von **SOL.DE**

Rathaus Wirtschaft Leben in Saarbrücken Tourismus Kultur Bildung

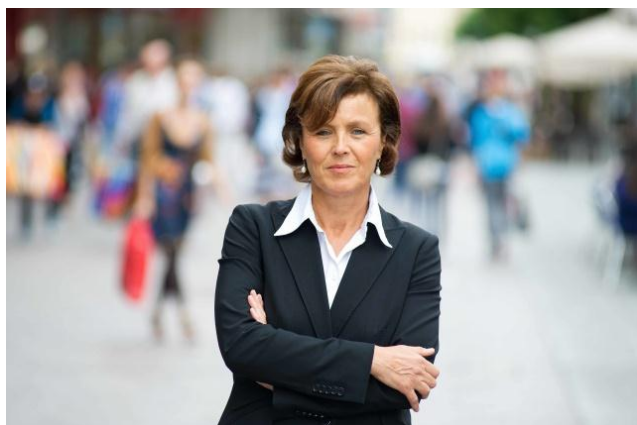
Suchbegriff

Landeshauptstadt Saarbrücken » Rathaus » Medien- und Bürgerkommunikation » Britz fordert gleichwertige Lebensverhältnisse in deutschen Städten – Am 24. Februar Treffen in Berlin mit Gabriel

Britz fordert gleichwertige Lebensverhältnisse in deutschen Städten – Am 24. Februar Treffen in Berlin mit Gabriel

Donnerstag, 19 Februar 2015

Auch die Landeshauptstadt Saarbrücken steckt trotz harter und andauernder Sparmaßnahmen fest in der Schuldenfalle.



Gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus Städten in ähnlicher Situation fordert Oberbürgermeisterin Charlotte Britz deshalb die Verantwortung der Bundesregierung ein. Oberbürgermeisterin Charlotte Britz nimmt am Dienstag, 24. Februar, in Berlin an Gesprächen des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ teil.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Die vielerorts dramatisch hohen Altschulden der Kommunen sind nicht selbstverursacht. Sie sind die Folge von Jahrzehnte lang beschlossenen Gesetzen zu Lasten der Kommunen ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Die Vertreter des Aktionsbündnisses reisen ausdrücklich nicht als Bittsteller an, sondern selbstbewusst und mit der Forderung nach Gerechtigkeit.

„Als Vertreter von Städten mit insgesamt mehr als acht Millionen Einwohnern verlangen wir eine baldige Plenardebatte im Deutschen Bundestag zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Gestaltungsfähigkeit ringenden Kommunen sowie eine politische Initiative zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode.“ Das formulieren als Sprecher des Bündnisses Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und ihr Wuppertaler OB-Kollege Peter Jung (CDU).

Oberbürgermeisterin Charlotte Britz hat im Vorfeld der Gespräche mit der Bundespolitik die eigenen Wahlkreisabgeordneten um aktive Unterstützung gebeten. Sie ist überzeugt: „Wir haben keinen Zweifel, dass unsere Mandatsträger in Fraktionen und Parteigremien für die Heimatstadt kämpfen. Politik bewährt sich vor Ort. Der Bund muss aus Eigeninteresse dafür sorgen, dass finanziell schlechter gestellte Kommunen wieder handlungsfähig werden. Falls Städte nicht mehr in der Lage sind, ihren für die Bürger wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge nachzukommen, droht ein hohes Risiko für die Demokratie.“

Parteiübergreifend zusammenstehende Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter können mit ihren Forderungen nach Hilfe zur Selbsthilfe Erfolg haben. Das hat das Aktionsbündnis in Nordrhein-Westfalen belegt, als es dank breiter öffentlicher Unterstützung den Landtag zu einer Sondersitzung über die Notlage vieler Kommunen gezwungen hat. Damit hat es die Grundlage für den späteren „NRW-Stärkungspakt Stadtfinanzen“ gelegt.

Ende November 2014 hat sich das Bündnis bundesweit für viele weitere Kommunen in ähnlicher Notlage geöffnet. Nun können bundesweite Aktionen durchgeführt werden. Mit dem „Kaiserslauterer Appell“ hat das Aktionsbündnis bereits für 48 Städte aus sieben Bundesländern konkrete Forderungen formuliert.

http://www.saarbruecken.de/rathaus/medien_und_buergerkommunikation/artikeldetail/article-54e5a83889392

Auf dem Weg nach Berlin

Neuordnung kommunaler Finanzen

KREIS UNNA. Finanziell an der Wand stehende Kreise und Städte machen sich auf den Weg nach Berlin. Sie fordern im Bundestag und Bundesrat Debatten über die ungleichen Lebensverhältnisse in finanzstarken und finanzschwächeren Kommunen. Mit dabei: Landrat Michael Makiolla.

Aktionsbündnis

Konkret wollen der Landrat und andere kommunale Spitzenvertreter noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für ein gerechteres Gemeindefinanzsystem gestellt wissen. Ihren Forderungen gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel Nachdruck verleihen werden die Landräte, Oberbürgermeister und Kämmerer der finanziell ausblutenden Kommunen bei einer Kommunalkonferenz verarmter Städte, Kreise und Gemeinden am 23. und 24. Februar in Berlin. Aufgerufen dazu hat das parteiübergreifende und inzwischen bundesweit agierende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte – Raus aus den Schulden“.

Bereits im November vollzogen die Kommunen einen Schulterschluss. Sie verabschiedeten den „Kaiserslau-

terner Appell“ und forderten eine gerechtere Verteilung der Finanzmasse. Auch durch andere gemeinsame Aktionen versuchen die rund 40 Landräte, Bürgermeister und Kämmerer, die Bundesregierung und die Länder zu einer baldigen Neuordnung eines künftig gerechteren kommunalen Finanzsystems zu bewegen.

Der nun anstehende Weg nach Berlin und der Schul-



terschluss davor machen deutlich, wie groß die Not vieler Kommunen ist. Landrat Michael Makiolla (Foto) unterstreicht:

„Die Verschuldung insbesondere der Ruhrgebietskommunen ist vor allem eine Folge von nicht ausreichend gegenfinanzierten Gesetzen von Bund und Ländern. Dagegen ansparen hilft längst nicht mehr. Wir brauchen Hilfe von Land und Bund, also von denen, die uns in diese finanziell schwierige Lage gebracht haben“.

Kommunen wollen Schuldenhilfe: (07.03 Uhr)

50 Kommunen wollen Anfang nächster Woche (23.02.2015) in Berlin um Unterstützung werben, um ihre Schulden abzubauen zu können. Mit dabei sind Dortmund, Hagen, Hamm und der Kreis Unna. Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau sagte, die Unterfinanzierung der Kommunen betreffe nicht nur das Ruhrgebiet. Das Schuldenproblem führe vor allem dazu, dass die Infrastruktur vernachlässigt werde. Dadurch leide auch die Lebensqualität, so Sierau. Am Montag sind Treffen mit Bundestagsabgeordneten geplant, am Dienstag mit Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel.

WDR, Stand: 18.02.2015, 07.03 Uhr

Lüner Anzeiger, 14.2.2015

Lünen will Druck ausüben

In Berlin soll auf die hohe Verschuldung der Kommunen aufmerksam gemacht werden

Druck auf die Bundesregierung: Gemeinsam mit rund 50 anderen Kommunen wird sich die Stadt Lünen am 23. und 24. Februar in Berlin für ein gerechteres Finanzierungssystem der Kommunen einsetzen.

Als Mitglied des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ wird die Stadt, vertreten durch den Ersten Beigeordneten Horst Müller-Baß, an Gesprächen mit Praktikumsvertretern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung teilnehmen.

Ziel des Bündnisses sei es, auf die dramatisch hohe Verschuldung der Kommunen aufmerksam zu machen und neue Wege aus der Schuldenkrise zu fordern. Denn die leeren Kassen in den



Kämmerer Uwe Quitter: „Das Sparpotenzial ist ausgereizt.“ (DM)

Städten und Gemeinden seien Folge der jahrzehntlang beschlossenen Gesetze, in denen Kommunen immer mehr Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung zugewiesen werden. „In vielen Städten und auch bei uns in Lünen ist mittlerweile das Sparpotenzial ausgereizt“, sagt Stadtkämmerer Uwe Quitter. „Wir alle haben unseren Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelange Sparrunden zugemutet. Und trotz aller Anstrengungen lässt sich gegen das immer größer werdende Finanzloch nicht mehr ansparen. Die Bundespolitik ist nun gefor-

dert, die Probleme der Städte und Gemeinden ernst zu nehmen und Verantwortung zu übernehmen. Das kommunale Finanzsystem muss neu gegliedert werden.“

Das Aktionsbündnis will in seinen Gesprächen eine baldige Plenardebatte im Deutschen Bundestag fordern und auf die nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und verschuldeten Kommunen hinweisen.

„Wenn die wichtige Infrastruktur nicht mehr gesichert ist, verlieren unsere Städte an Lebensqualität und Attraktivität“, sagt der Erste Beigeordnete Horst Müller-Baß. „Im Wettbewerb der Städte müssen wir Ruhrgebietskommunen uns positionieren. Gemeinsam mit Vertretern der anderen Städte wollen wir unseren Forderungen in Gesprächen Nachdruck verleihen.“ **red**

Bündnis „Für die Würde unserer Städte“ in Berlin

Auch Lünen kämpft für gerechtere Finanzpolitik

LÜNEN ■ Druck auf die Bundesregierung: Gemeinsam mit rund 50 anderen Kommunen wird sich die Stadt Lünen am 23. und 24. Februar in Berlin für ein gerechteres Finanzierungssystem der Kommunen einsetzen.

Als Mitglied des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ wird die Stadt, vertreten durch den Ersten Beigeordneten Horst Müller-Baß, an Gesprächen mit Fraktionsvertretern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung teilnehmen.

Ziel des Bündnisses ist es, auf die dramatisch hohe Verschuldung der Kommunen aufmerksam zu machen und neue Wege aus der Schuldenkrise zu fordern. Denn die leeren Kassen in

den Städten und Gemeinden sind Folge der jahrzehntlang beschlossenen Gesetze, in denen Kommunen immer mehr Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung zugewiesen werden. „In vielen Städten und auch bei uns in Lünen ist mittlerweile das Sparpotenzial ausgereizt“, sagt Stadtkämmerer Uwe Quitter. „Trotz aller Anstrengungen lässt sich gegen das immer größer werdende Finanzloch nicht mehr ansparen. Die Bundespolitik ist nun gefordert, die Probleme der Städte und Gemeinden ernst zu nehmen und Verantwortung zu übernehmen. Das kommunale Finanzsystem muss neu gegliedert werden.“

Das Aktionsbündnis will in seinen Gesprächen eine bal-

dige Plenardebatte im Deutschen Bundestag fordern und auf die nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und verschuldeten Kommunen hinweisen. „Wenn die wichtige Infrastruktur nicht mehr gesichert ist, verlieren unsere Städte an Lebensqualität und Attraktivität“, sagt der Erste Beigeordnete Horst Müller-Baß. „Im Wettbewerb der Städte müssen wir Ruhrgebietskommunen uns positionieren. Gemeinsam mit Vertretern der anderen Städte wollen wir unseren Forderungen in Gesprächen Nachdruck verleihen.“

Beteiligt am Aktionsbündnis sind neben Lünen auch die Nachbarstädte Dortmund, Hamm und Unna.

<http://www.antenneunna.de/nachrichten/kreis-unna/nachrichten/art749,959764>

Aktionsbündnis - "Für die Würde unserer Städte"

Antenne Unna am 13. Februar 2015 um 05:36 Uhr

Lünen / Kreis Unna Lünen und Unna, Hamm und Dortmund wollen sich in Berlin dafür einsetzen, dass Städte mehr Geld zur Verfügung haben. Sie haben sich dem Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" angeschlossen.



<http://www.lokalkompass.de/luenen/politik/klamme-kassen-stadt-luenen-will-in-berlin-druck-ausueben-d516786.html>

Lokalkompass, 12.02.2015

Klamme Kassen: Stadt Lünen will in Berlin Druck ausüben



Stadtkämmerer Uwe Quitter: „Das Sparpotenzial ist ausgereizt. (Foto: Magalski)

Druck auf die Bundesregierung: Gemeinsam mit rund 50 anderen Kommunen wird sich die Stadt Lünen am 23. und 24. Februar in Berlin für ein gerechteres Finanzierungssystem der Kommunen einsetzen. Als Mitglied des Aktions-bündnisses „Für die Würde unserer Städte“ wird die Stadt, vertreten durch den Ersten Beigeordneten Horst Müller-Baß, an Gesprächen mit Fraktionsvertretern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung teilnehmen.

Ziel des Bündnisses sei es, auf die dramatisch hohe Verschuldung der Kommunen aufmerksam zu machen und neue Wege aus der Schuldenkrise zu fordern. Denn die leeren Kassen in den Städten und Gemeinden seien Folge der jahrzehntelang beschlossenen Gesetze, in denen Kommunen immer mehr Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung zugewiesen werden.

Sparpotenzial ist ausgereizt

„In vielen Städten und auch bei uns in Lünen ist mittlerweile das Sparpotenzial ausgereizt“, sagt Stadtkämmerer Uwe Quitter. „Wir alle haben unseren Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelange Sparrunden zugemutet. Und trotz aller Anstrengungen lässt sich gegen das immer größer werdende Finanzloch nicht mehr ansparen. Die Bundespolitik ist nun gefordert, die Probleme der Städte und Gemeinden ernst zu nehmen und Verantwortung zu übernehmen. Das kommunale Finanzsystem muss neu gegliedert werden.“

Das Aktionsbündnis will in seinen Gesprächen eine baldige Plenardebatte im Deutschen Bundestag fordern und auf die nicht mehr gegebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und verschuldeten Kommunen hinweisen.

● „Für die Würde unserer Städte“

- **Mit rund 50 anderen Kommunen** setzt sich die Stadt Lünen am 23. und 24. Februar in Berlin für ein gerechteres Finanzierungssystem der Kommunen ein.
- **Als Mitglied des Aktionsbündnisses** „Für die Würde unserer Städte“ nimmt Lünen, vertreten durch den Ersten Beigeordneten Horst Müller-Baß, an Gesprächen mit Fraktionsvertretern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung teil.
- **Ziel des Bündnisses ist es**, auf die dramatisch hohe

Verschuldung der Kommunen aufmerksam zu machen und neue Wege aus der Schuldenkrise zu fordern.

- **„In vielen Städten** und auch bei uns in Lünen ist das Sparpotenzial ausgereizt“, sagt Stadtkämmerer Uwe Quitter. Die Bundespolitik sei nun gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Das kommunale Finanzsystem müsse neu gegliedert werden.
- **Das Aktionsbündnis will** auf eine Plenardebatte im Deutschen Bundestag zum Thema drängen.



Pressemitteilungen der Stadt Bottrop

18.02.2015 | 141

50 Stadtchefs und ihre Kämmerer vertreten in Berlin rund acht Millionen Bundesbürger Gespräche am 23. und 24. Februar mit dem Bundestag und der Bundesregierung. Oberbürgermeister Bernd Tischler wird gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" am 23. und 24. Februar in Berlin von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für finanzschwache Kommunen einfordern. Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit die eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneter.

Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen. Eingefordert wird auch eine politische Initiative des Deutschen Bundestages noch in der laufenden Legislaturperiode zur grundlegenden Neuordnung des kommunalen Finanzsystems.

Herausgeber / Ansprechpartner:

Stadt Bottrop

Ernst-Wilczok-Platz 1

46236 Bottrop

Tel.:

02041/70-30 [Zentrale]

stadtverwaltung@bottrop.de

<http://www.bottrop.de/>

[Pressemeldung als PDF herunterladen](#)

http://bottrop.de/presse/Pressemitteilungen.php?showpm=true&pmurl=http://www.bottrop.de/guiapplications/newsdesk/publications/Stadt_Bottrop/113010100000153403.php



Für mehr als acht Millionen Einwohner fordern Oberbürgermeister und Kämmerer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Parteiübergreifendes Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" verlangt Plenardebatte im Deutschen Bundestag



Da auch die Stadt Bottrop trotz harter und andauernder eigener Sparmaßnahmen weiterhin vor großen Finanzproblemen steht, fordern Oberbürgermeister Bernd Tischler und Stadtkämmerer Willi Loeven gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus Städten in ähnlicher Situation die Verantwortung der Bundesregierung ein. Die Stadtverantwortlichen nehmen am 23. und 24. Februar 2015 in Berlin an Gesprächen des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte" zunächst mit hochrangigen Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages und anschließend mit der Bundesregierung teil.

Weil die vielerorts hohen Altschulden der Städte nicht selbstverursacht, sondern die Folge von Jahrzehnte lang geltenden Gesetzen zu Lasten der Kommunen ohne ausreichende Gegenfinanzierung sind, reisen rund 50 Hauptverwaltungsbeamte und Kämmerer aus sieben Bundesländern in die Bundeshauptstadt, um Änderungen mit Blick auf diese Grundproblematik zu erreichen.

„Als Vertreter von Städten mit insgesamt mehr als acht Millionen Einwohnern verlangen wir eine baldige Plenardebatte im Deutschen Bundestag zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen auf der einen und um ihre Gestaltungsfähigkeit ringenden Kommunen auf der anderen Seite. Ziel ist eine politische Initiative zur Neuordnung des kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode.“ Das formulieren als Sprecher des Bündnisses Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und ihr Wuppertaler OB-Kollege Peter Jung (CDU).

Dass parteiübergreifend zusammenstehende Stadtvertreter mit ihren Forderungen nach Hilfe zur Selbsthilfe nachweisbar Erfolg haben können, hatte das Aktionsbündnis in Nordrhein-Westfalen belegt, als es dank breiter öffentlicher Unterstützung den Landtag zu einer Sondersitzung über die Notlage vieler Kommunen bewegte – die Grundlage für den späteren "NRW-Stärkungspakt Stadtfinanzen". Ende November vergangenen Jahres öffnete sich dann das Bündnis für künftig bundesweite Aktionen mit vielen weiteren Kommunen in ähnlicher Notlage. Mit dem "Kaiserslauterer Appell" formulierte es bereits für 48 Städte aus sieben Bundesländern konkrete Forderungen.

Nachdem Oberbürgermeister Bernd Tischler und Kämmerer Willi Loeven im Vorfeld der Gespräche mit der Bundespolitik die eigenen Wahlkreisabgeordneten um aktive Unterstützung gebeten haben, sind sie überzeugt: "Wir hegen keinen Zweifel, dass unsere Mandatsträger in Fraktion und Parteigremien für die Heimatstadt kämpfen. Politik bewährt sich vor Ort. Der Bund muss aus Eigeninteresse dafür sorgen, dass finanziell schlechter gestellte Kommunen wieder handlungsfähig werden. Falls Städte nicht mehr in der Lage sind, ihre für die Bürger wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, droht ein hohes Risiko für die Demokratie."

(06.02.2015)

Inhalt Rathaus & Politik

- [Städtebündnis Finanzen](#)

[http://www.bottrop.de/rathaus/Aktionsbueundnis/150206 Aktion Berlin.php](http://www.bottrop.de/rathaus/Aktionsbueundnis/150206_Aktion_Berlin.php)

13.02.2015 17:30

Unsere drei Städte wollen wegen ihrer Finanzsorgen Ende des Monats in Berlin Alarm schlagen.



- Quelle: Thomas Hans / Radio Emscher Lippe

Unsere drei Städte wollen wegen ihrer Finanzsorgen Ende des Monats in Berlin Alarm schlagen. Vertreter aus Gladbeck, Bottrop, Gelsenkirchen und anderen klammen Städten fahren am 23. Februar in die Hauptstadt. Bei Gesprächen mit der Bundesregierung und den Fraktionen im Bundestag soll es um mehr Hilfen für das hochverschuldete Ruhrgebiet gehen. Als wichtigen Schritt dahin fordern die Stadtchefs eine Diskussion über die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in armen und reichen Städten. Gladbeck, Bottrop und Gelsenkirchen kritisieren seit Jahren, dass die hohen Schulden nicht hausgemacht seien. Land und Bund würden den Städten Lasten aufbürden, ohne dafür zu zahlen.

Radio Emscher-Lippe

inherne
das Stadtmagazin online

HOME AKTUELLES IM FOKUS KULTUR WIRTSCHAFT GESELLSCHAFT FREIZEIT

EMPFEHLUNGEN DER REDAKTION

Newsticker 16. Februar 2015 in Aktuelles // 65 Angebote im Rahmen der Frauenwoche

OB und Kämmerer setzen sich in Berlin für Aktionsbündnis ein

Für die Würde unserer Städte

Veröffentlicht am 19. Februar 2015



Oberbürgermeister Horst Schiereck und Kämmerer Dr. Hans Werner Klee werden am Montag und Dienstag in Berlin gemeinsam mit 49 Kolleginnen und Kollegen vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" von hochrangigen Bundespolitikern Gerechtigkeit für Kommunen einfordern.

Sie verlangen mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit ihre eigenen vielfältigen Sparbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Einwohner vertreten, Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der "Linken", Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneten.

Angeführt wird die Delegation des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler OB-Kollegen Peter Jung (CDU), beide begleitet von ihren Kämmerern Uwe Bonan und Johannes Slawig. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

<http://www.inherne.net/ob-und-kaemmerer-setzen-sich-in-berlin-fuer-aktionsbuendnis-ein/>

GASTKOMMENTAR Ernst-Andreas Ziegler in der Westdeutschen Zeitung vom 19.2.2015

Wann kommt für die Kommunen ein Alexander?

Warum die Stadtspitzen in Berlin selbstbewusst mehr Hilfen einfordern

Wenn am Dienstag nächster Woche Oberbürgermeister Peter Jung und Stadtdirektor Johannes Slawig in Berlin gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus fast 50 Städten aus sieben Bundesländern in großer Finanznot vor dem Reichstag mit dem parteiübergreifenden Aktionsbündnis "Für die Würde der Städte" mehr Hilfe von Bund und Ländern zur Selbsthilfe einfordern, treten sie allesamt nicht wie Bittsteller auf. Sie fordern Gerechtigkeit. Und das ist ihr Recht.

Im Gegensatz zum Vorurteil, in den Rathäusern könne man nicht mit Geld umgehen, ist nämlich der größte Teil der dramatisch hohen Kommunalschulden bundesweit nicht selbst gemacht. Er ist vielmehr eine Folge von Gesetzen zu Lasten der Städte und Gemeinden, die der Deutsche Bundestag und die Länderparlamente Jahrzehnte lang ohne ausreichende Gegenfinanzierung beschlossen haben. Der Gesetzgeber handelte wie ein Zechpreller, bestellte die Musik, doch bezahlte sie nicht.

Irgendwann konnte das nicht mehr gutgehen. Jetzt ist es für Städte, die wie Wuppertal den Strukturwandel - also den Abbau von Arbeitsplätzen wie beispielsweise in der Textilindustrie - noch nicht verkraftet haben, dramatisch. Weil die eigenen Sparmaßnahmen niemals die Altschulden abbauen können, müssen Bund und Land mehr für die Kommunen tun, und zwar ohne Wenn und Aber.

Sonst gehen die notleidenden Städte vor die Hunde. Das birgt unglaublichen sozialen Sprengstoff. Wenn die Kommunen, wo sich Politik vor Ort bewährt, ihre Daseinsvorsorge für die Bürger nicht mehr packen, droht unserem Gesellschaftssystem, der Demokratie, schwerer Schaden. Schon jetzt gibt es die vom Gesetz verlangte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und armen Städten und Gemeinden nicht mehr.

Wir brauchen dringend eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems, und zwar noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Und wir brauchen ebenso dringend eine Plenardebatte des Deutschen Bundestages. Dass sich die Bundespolitik mit der Finanznot vieler Staaten befasst ist richtig. Wenn sie bei der Finanznot vieler Kommunen halb wegsieht, ist das falsch.

Dass es soweit wie jetzt gekommen ist, liegt auch an unserer Verfassung. Sie sieht bei der Verteilung von Steuergeldern keine direkte Mitwirkung der Kommunen vor. Bund und Länder bedienen sich allein. Die Kommunen sitzen am Katzentisch. Die vom Gesetzgeber geforderte aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen ist den Ländern vorbehalten. Das verleitet zum Schwarze-Peter-Spiel. Der Bund verweist die Kommunen an die Länder - und die Länder verweisen auf den Bund.

Wer den Wirrwarr von Vorschriften und Gesetzen, die im Lauf der Jahrzehnte zu Lasten der Kommunen erlassen wurden, genauer anschaut, bekommt Sehnsucht nach einem Alexander, der kompromisslos den gordischen Knoten durchtrennt. Wer traut sich?!?

Dass der Journalist Ernst-Andreas Ziegler, seit vielen Jahren Professor für Politische Kommunikation und Politisches Marketing an der Technischen Universität von Wuppertals slowakischer Partnerstadt Kosice, als Gründer und Vorsitzender der Geschäftsführung der Junior Uni ehrenamtlich arbeitet, wissen viele. Doch wenige wissen, dass er sich einen Tag nach seinem Rückzug als Presseamtsleiter aus dem Rathaus beruflich selbständig gemacht hat. Als Berater ist er bundesweit gefragt. Neben dem Bildungsbereich ist sein Spezialgebiet die Finanznot vieler Kommunen.



Ernst-Andreas Ziegler

Ernst-Andreas Ziegler (* 28. November 1938 in Weimar) ist ein deutscher Journalist, Autor, Hochschullehrer und [Social Entrepreneur](#).

Inhaltsverzeichnis [\[Verbergen\]](#)

- 1 [Leben](#)
- 2 [Veröffentlichungen](#)
- 3 [Weblinks](#)
- 4 [Einzelnachweise](#)

Leben [\[Bearbeiten\]](#)

Ziegler war Lokalredakteur des Wuppertaler *General-Anzeigers* (heute: *Westdeutsche Zeitung*) und wurde 1972 Leiter des Presse- und Informationsamts der Stadt [Wuppertal](#). Er ist Mitbegründer der Städte- und Uni-Partnerschaft zwischen [Košice](#) und Wuppertal. Ebenso gestaltete er die Städtepartnerschaft zwischen Wuppertal und [Be'er Scheva](#) maßgeblich mit. Nach seinem Ausscheiden aus städtischen Diensten Ende 2003 wurde er Berater und Honorarprofessor für Politische Kommunikation und Marketing an der [Technischen Universität Košice](#), die ihm auch die Ehrendoktorwürde verlieh.^[1] Ernst-Andreas Ziegler ist Initiator, Motor und Geschäftsführer der 2008 gegründeten [Junior-Uni Wuppertal](#), einer in Deutschland einzigartigen Bildungseinrichtung für Kinder und Jugendliche mit dem Schwerpunkt Naturwissenschaft und Technik.^[2]

Ziegler ist Mitglied des Vorstands der Deutsch-Tschechischen und -Slowakischen Gesellschaft und war 41 Jahre Geschäftsführer der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land.^[3] Er ist Träger des [Ehrenrings der Stadt Wuppertal](#).^{[4][5]}



Donnerstag, 19. Februar 2015

Verschuldung: Städte fordern Plenardebatte

CUXHAVEN. Trotz harter und andauernder Sparmaßnahmen findet Cuxhaven keinen Weg aus der Schuldenfalle – ein Schicksal, das die Stadt mit vielen anderen Kommunen im Bundesgebiet teilt. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Getsch und Stadtkämmerin Andrea Pospich sind also nicht allein; gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus Städten in ähnlicher Situation fordern sie am **23. und 24. Februar** die Verantwortung der Bundesregierung ein. Am genannten Datum finden in Berlin Gespräche des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ statt – zunächst mit hochrangigen Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages und anschließend mit Mitgliedern der Bundesregierung. Weil die vielerorts dramatisch hohen Altschulden nicht selbstverursacht, sondern Resultat von zulasten der Kommunen beschlossenen Gesetzen sind, reisen etwa 50 Hauptverwaltungsbeamte und Kämmerer aus sieben Bundesländern nach Berlin, wo sie ausdrücklich nicht als Bittsteller, sondern aufrecht, selbstbewusst und mit der Forderung nach Gerechtigkeit auftreten wollen.

Britz wirbt in Berlin um Unterstützung

51 verschuldete Kommunen schließen sich in Aktionsbündnis zusammen

Saarbrücken. Die Landeshauptstadt Saarbrücken steckt trotz harter und andauernder Sparmaßnahmen fest in der Schuldenfalle. Gemeinsam mit vielen Kollegen aus Städten in ähnlicher Situation fordert Oberbürgermeisterin Charlotte Britz (SPD) deshalb die Verantwortung der Bundesregierung ein. Das teilt die Landeshauptstadt mit.

Oberbürgermeisterin Charlotte Britz nimmt am kommenden Dienstag, 24. Februar, in Berlin an Gesprächen des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ teil. Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird in der Hauptstadt von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze (CDU) empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Käm-



Oberbürgermeisterin Charlotte Britz nimmt an Gesprächen in Berlin teil. FOTO: LANDESHAUPTSTADT

merer Gespräche mit den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der SPD, der Grünen und der Linken. Oberbürgermeisterin Charlotte Britz hat im Vorfeld der Ge-

spräche mit der Bundespolitik die eigenen Wahlkreisabgeordneten um aktive Unterstützung gebeten. Sie ist überzeugt: „Wir haben keinen Zweifel, dass unsere Mandatsträger in Fraktionen und Parteigremien für die Heimatstadt kämpfen. Politik bewährt sich vor Ort. Der Bund muss aus Eigeninteresse dafür sorgen, dass finanziell schlechter gestellte Kommunen wieder handlungsfähig werden.“

Parteiübergreifend zusammenstehende Stadtvertreter können Britz zufolge mit ihren Forderungen nach Hilfe zur Selbsthilfe Erfolg haben. Das habe das Aktionsbündnis in Nordrhein-Westfalen (NRW) belegt, als es dank breiter öffentlicher Unterstützung den Landtag zu einer Sondersitzung über die Notlage vieler Kommunen gezwungen habe. Damit habe es die Grundlage für den späteren „NRW-Stärkungspakt – Stadtfinanzen“ gelegt.

Ungleiche Verhältnisse

„Die Entschuldung der Kommunen ist auf Länderebene unterschiedlich geregelt. Wir sind mit dem Land Niedersachsen im Rahmen des Zukunftsvertrages zur Entschuldung unserer Stadt auf einem guten Weg. Gleichwohl unterstützen wir mit der Fahrt nach Berlin das Aktionsbündnis über Ländergrenzen hinweg“, erklärt Cuxhavens Oberbürgermeister Dr. Ulrich Getsch unter Verweis auf einen Ratsbeschluss vom 9. Dezember 2014. „Wir fordern den Bund auf, sich seiner Verantwortung zu stellen und Städte nicht im Schuldenregen stehen zu lassen“, so Getsch weiter.

Die Organisatoren der Aktion verlangen eine baldige, das heißt: noch in dieser Legislaturperiode stattfindende Bundestagsdebatte, in der es um die nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um Gestaltungsfähigkeit ringenden Kommunen sowie eine politische Initiative zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems gehen soll. Denn unter den Auswirkungen der angespannten kommunalen Finanzlage leiden inzwischen mehr als acht Millionen Einwohner in Deutschland. Mit dem „Kaiserslauterer Appell“ formuliert das inzwischen gebildete Bündnis konkrete Forderungen für 48 Städte aus sieben Bundesländern. (red)

Saarbrücker Zeitung, 20.2.2015

Saarbrücken Teil des Aktionsbündnisses für die „Würde der Städte“

Saarbrücken. Trotz vieler Sparmaßnahmen steckt die Landeshauptstadt in der Schuldenfalle. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Städten in ähnlicher Situation fordert Saarbrückens Oberbürgermeisterin Charlotte Britz (SPD) daher die Verantwortung der Bundesregierung ein und nimmt am kommenden Dienstag in Berlin an Gesprächen des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ teil. Die Vertreter des parteiübergreifenden Bündnisses, dem sich 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, reisen laut Britz nicht als Bittsteller an. Denn der Bund müsse schon aus Eigeninteresse dafür sorgen, „dass finanziell schlechtergestellte Kommunen wieder handlungsfähig werden“, so Britz. Falls Städte nicht mehr in der Lage seien, „ihren für die Bürger wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge nachzukommen“, sei die Demokratie gefährdet. *red*

Saarbrücker Zeitung, Landespolitik

„Die Kommunen sitzen am Katzentisch“

WZ DONNERSTAG, 19. FEBRUAR 2015

GASTBEITRAG Ein Großteil der Kommunalschulden ist nicht haushagemacht, sagt Ernst-Andreas Ziegler.

Von Ernst-Andreas Ziegler

Wenn am Mittwoch nächster Woche Oberbürgermeister Peter Jung und Stadtdirektor Johannes Slawig in Berlin gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus fast 50 Städten aus sieben Bundesländern in großer Finanznot vor dem Reichstag mit dem parteiübergreifenden Aktionsbündnis „Für die Würde der Städte“ mehr Hilfe von Bund und Ländern zur Selbsthilfe einfordern, treten sie allesamt nicht wie Bittsteller auf. Sie fordern Gerechtigkeit. Und das ist ihr Recht.

Der Gesetzgeber handelte wie ein Zechpreller

Im Gegensatz zum Vorurteil, in den Rathäusern könne man nicht mit Geld umgehen, ist nämlich der größte Teil der dramatisch hohen Kommunalschulden bundesweit nicht selbst ge-

macht. Er ist vielmehr eine Folge von Gesetzen zu Lasten der Städte und Gemeinden, die der Deutsche Bundestag und die Länderparlamente Jahrzehnte lang ohne ausreichende Gegenfinanzierung beschlossen haben. Der Gesetzgeber handelte wie ein Zechpreller, bestellte die Musik, doch bezahlte sie nicht. Irgendwann konnte das nicht mehr gut gehen.

Gastbeitrag

Jetzt ist es für Städte, die wie Wuppertal den Strukturwandel – also den Abbau von Arbeitsplätzen wie beispielsweise in der Textilindustrie – noch nicht verkraftet haben, dramatisch. Weil die eigenen Sparmaßnahmen niemals die Altschulden abbauen können, müssen Bund und Land mehr für die Kommunen tun, und zwar ohne Wenn und Aber. Sonst gehen die notleidenden Städte vor die Hunde. Das birgt unglaublichen sozialen Sprengstoff.

Wenn die Kommunen, wo sich Politik vor Ort bewährt, ihre Daseinsvorsorge für die Bürger nicht mehr packen, droht unserem Gesellschaftssystem, der Demokratie, schwerer Schaden. Schon jetzt gibt es die vom Ge-

setz verlangte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und armen Städten und Gemeinden nicht mehr. Wir brauchen dringend eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des kommunalen Finanzsystems, und zwar noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Und wir brauchen ebenso dringend eine Plenardebatte des Deutschen Bundestages.

Verteilung der Steuergelder ohne direktes Mitwirken der Kommunen

Dass sich die Bundespolitik mit der Finanznot vieler Staaten befasst, ist richtig. Wenn sie bei der Finanznot vieler Kommunen halb wegsieht, ist das falsch. Dass es so weit wie jetzt gekommen ist, liegt auch an unserer Verfassung. Sie sieht bei der Verteilung von Steuergeldern keine direkte Mitwirkung der Kommunen vor. Bund und Länder bedienen sich allein. Die Kommunen sitzen am Katzentisch.

Die vom Gesetzgeber geforderte aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen ist den Ländern vorbehalten. Das verleitet zum Schwarze-Peter-Spiel. Der Bund verweist die Kommunen an die Länder –

■ ZUR PERSON

ERNST-ANDREAS ZIEGLER Ziegler wurde 1938 in Weimar geboren. Er ist Journalist, Hochschullehrer, Berater und Vater der Junior Uni. Dass Ziegler, seit vielen Jahren Professor für Politische Kommunikation und Politisches Marketing an der Technischen Universität von Wuppertal, „slowakischer“ Partnerstadt Kosice, als Gründer und Vorsitzender der Geschäftsführung der Junior Uni ehrenamtlich arbeitet, wissen viele. Doch wenige wissen, dass er sich nach seinem Rückzug als Presseamtsleiter aus dem Rathaus beruflich selbstständig gemacht hat. Als Berater ist er bundesweit gefragt. Neben dem Bildungsbereich ist sein Spezialgebiet die Finanznot vieler Kommunen.

und die Länder verweisen auf den Bund. Wer den Wirrwarr von Vorschriften und Gesetzen, die im Lauf der Jahrzehnte zu Lasten der Kommunen erlassen wurden, genauer anschaut, bekommt Sehnsucht nach einem Alexander, der kompromisslos den gordischen Knoten durchtrennt. Wer traut sich?!

Hilferuf der klammen Städte: Oberbürgermeister suchen Hilfe in Berlin

Von Olaf Biernat

Angeführt von einer Ruhrgebiets-Delegation reisen heute (23.02.2015) 50 Oberbürgermeister und Kämmerer aus sieben Bundesländern nach Berlin. Dort sprechen sie unter anderem mit Vize-Kanzler Sigmar Gabriel über die Notlage vieler Kommunen. Sie hoffen auf finanzielle Hilfe des Bundes.



[Bild 1 vergrößern](#)

Die Städte sitzen auf ihren Schuldenbergen

Trillerpfeifen und Transparente haben sie zu Hause gelassen. Stattdessen setzen die Verwaltungsspitzen der Kommunen auf Gespräche im Hintergrund. Das Aktionsbündnis *"Raus aus den Schulden – für die Würde unserer Städte"* will an höchster Stelle für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Geldern, vor allem aber bei der Übertragung von Kosten werben.

Mehr Gerechtigkeit gefordert



[Bild 2 vergrößern](#)

Die OBs hatten auch schon 2010 im Landtag nach Hilfe gesucht

Dabei wird die Stimme der verschuldeten Städte immer lauter. Begonnen hat das Aktionsbündnis vor mehr als fünf Jahren im strukturschwachen Ruhrgebiet und im Bergischen Land. Mittlerweile haben sich Städte wie Kaiserslautern, Rostock oder Cuxhaven dem Bündnis angeschlossen. Gemeinsam stehen sie für mehr als acht Millionen Einwohner. Sie alle eint die finanzielle Notlage. Während Städte wie Dresden oder Wolfsburg schuldenfrei sind, drücken Kommunen wie Essen, Oberhausen, Bochum oder Mülheim an der Ruhr Milliarden Schulden. Heute (Montag, 23.02.2015) treffen die kommunalen Vertreter zunächst mit den Bundestagsabgeordneten ihrer Wahlkreise zusammen. Morgen folgen dann Gespräche mit Vize-Kanzler Sigmar Gabriel sowie den Fraktionsspitzen von CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen sowie der Linken. Das Aktionsbündnis will dabei nicht als Bittsteller auftreten, sondern sie fordern mehr Gerechtigkeit in der kommunalen Familie. *"Wenn das Grundgesetz ernst genommen wird, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Balance in Deutschland wieder*

hergestellt wird. Denn darin steht, dass die Lebensverhältnisse im Land vergleichbar sein müssen", sagt die Sprecherin des Aktionsbündnisses und Oberbürgermeisterin aus Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld.

Geld für Flüchtlinge nicht eingeplant

Mehr zum Thema

- [Steigende Schulden der NRW-Kommunen \[WDR\]](#)

Konkret hoffen die verschuldeten Städte auf eine Neuverteilung der Sozialkosten. Denn die Ausgaben in den kommunalen Haushalten für Alte, Kranke, Behinderte oder Arbeitslose sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Allein die Stadt Essen muss in diesem Jahr rund 140 Millionen Euro für die Unterbringung von Hartz IV Empfängern bezahlen. Ein weiteres Beispiel sind die Kosten für die Unterkunft von Flüchtlingen: *"Im vergangenen Jahr mussten wir 19 Millionen Euro dafür bereitstellen. In diesem sind es bereits 46 Millionen Euro"*, beklagt der Kämmerer der Stadt Essen, Lars-Martin Klieve. Und das sind zusätzliche Kosten, die vorher nicht absehbar waren. Das Aktionsbündnis hofft, dass sich demnächst der Bundestag in einer Plenardebatte mit dem Finanzproblem der Städte und Gemeinden beschäftigt. *"Außerdem sollten die Kommunen mit am Tisch sitzen, wenn die Bund-Länder Finanzbeziehungen neu geregelt werden"*, sagt Mülheims OB Dagmar Mühlenfeld. Die Große Koalition hatte zwar im Koalitionsvertrag festgelegt, dass alle Kommunen bundesweit insgesamt eine Entlastung in Höhe von fünf Milliarden Euro bei der Eingliederungshilfe für Behinderte bekommen. Aber seit Monaten wird darüber gestritten, ab wann und ob die Mittel auch tatsächlich fließen.

Notlage soll gesehen werden



[Bild 3 vergrößern](#)

Auch wenn bei dem Besuch der Oberbürgermeister und Kämmerer in Berlin keine handfesten Entscheidungen zu erwarten sind, hoffen die Stadtspitzen, dass das Problem der notleidenden Kommunen stärker ins Bewusstsein gerät. Denn in vielen Städten bekommen Bürger bereits konkrete Spar-Auswirkungen vor Ort zu spüren: Schwimmbäder wurden geschlossen, Bibliotheken dicht gemacht, die Öffnungszeiten von Ämtern gekürzt und marode Sportplätze können nicht modernisiert werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Hilferufe der Kommunen bereits erhört und einen Stärkungspakt Stadtfinanzen aufgelegt. Dabei fließen jedes Jahr viele Fördermillionen. Doch das reicht in den Augen der Kommunen nicht, außerdem seien die Städte im Gegenzug zu noch mehr Sparen verpflichtet.

Mehr zum Thema



Video: eins zu

eins - Kommunen im Schuldensumpf - Was führt heraus? (23:59 Min.) Sendung vom 01.12.2014

eins zu eins - Kommunen im Schuldensumpf - Was führt heraus?

- [Video: "eins zu eins - Kommunen im Schuldensumpf - Was führt heraus?" in größerer Darstellung](#)

Zeitung RHEINPFALZ 23.2.2015

Verlegung zum hieß es am auf Mustafas

n
scheiden
für den VIR
mt. Bereits
en mussten
den Region-
len. Die Ent-

hren
die Kegner
gten die SG
nd feierten
IM MONTAG

UNS

ariser Str. 16
iserslautern
0631 3737-0
0631 72460
heinpfalz.de

1 3701-6300
1 3701-6301
heinpfalz.de

1 3701-6400
1 3701-6401
heinpfalz.de

1 3701-6800
1 3701-6801
heinpfalz.de

37-230/-231
31 3737-246
heinpfalz.de

Hauptproblem Jugend und Soziales

Weichel streitet heute und morgen in Berlin in einem Aktionsbündnis für eine gerechte Finanzausstattung

Dem Kaiserslauterer Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems, der im November vergangenen Jahres auf einer Kommunal-konferenz des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ im Rathaus verabschiedet worden ist, folgt nun heute und morgen mit einer „Berliner Aktion“ ein weiterer Schritt, mit dem Ziel, Politik, Öffentlichkeit und Medien auf die finanziellen Nöte der Städte aufmerksam zu machen.

Oberbürgermeister Klaus Weichel, der kurz vor der OB-Wahl Kaiserslautern zum Schauplatz der Ausweitung des überparteilichen Aktionsbündnisses auf ganz Deutschland gemacht hatte, nimmt an der „Berliner Aktion“ teil. Das ursprünglich in Nordrhein-Westfalen gegründete Bündnis hoch verschuldeter Städte verlangt mehr finanzielle Bundes- und Länderhilfe, damit die eigenen vielfältigen Sparbemühungen der Kommunen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen.

Das Bündnis, dem sich inzwischen bereits 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, darunter auch die Stadt Kaiserslautern, kommt in Berlin im Haus des Deutschen Städtetags zu einer Kommunal-konferenz zusammen. Es trifft im Rahmen des Plenums auf hochrangige Vertreter der Bundestagsfraktionen. Gesprächspartner werden auch Bundestagsvizepräsident Peter Hintze und Vizekanzler Sigmar Gabriel sein.

„Wir treten in Berlin nicht als Bittsteller auf, sondern als selbstbewusste Kommunen“, gibt Weichel einen Tag vor dem Beginn der „Berliner Aktion“ im Gespräch mit der RHEINPFALZ die Stimmungslage im Aktionsbündnis wieder, das angeführt wird von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (Mühlheim an der Ruhr) und Oberbürgermeister Peter Jung (Wuppertal).

Weichel vergleicht die Kommunen mit den Banken, die seinerzeit als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise unter einen Rettungsschirm kamen. „Ähnlich wie die Banken sind die Kommunen systemrelevant, wenn es um das demokratische Gemeinwesen geht“, verdeutlicht er.

Fakt ist für ihn, dass Demokratie nirgendwo unmittelbarer von den Bürgern erlebt wird als auf der kommunalen Ebene. Die Kommunen hielten Infrastruktur vor, die von den Bürgern wahrgenommen werde. Sie böten Leistungen in Bereichen an wie Kultur, Sport, Freizeit, Gesundheit. Fielen diese aus finanziellen Gründen weg oder würden diese geschmälert, bedeutete dies, dass ein Stück Vertrauen in das demokratische Wesen verloren gehe.

Der Oberbürgermeister sieht zwar, dass Entlastung der Kommunen seitens des Bundes hie und da bereits erfolgt ist oder erfolgt. Er nennt die Grundsicherung im Alter, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Aufstockung von Mitteln für den Kitausbau, die Erhöhung der Städtebauförderung.

Als Hauptproblem in Kaiserslautern und in den anderen finanziell gebeutelten Städten skizziert Weichel indes die konsequente Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte Jugend und Soziales. Weichel strebt hier mit seinen 50 weiteren kommunalen Kollegen eine weitestgehende Konnexität an; das bedeutet in der Praxis die Erstattung der Kosten, die die Kommunen dafür aufbringen.

„Hätten wir die Konnexität, hätten wir einen ausgeglichenen Haushalt“, verdeutlichte Weichel gestern im Gespräch mit der RHEINPFALZ die Wirkung, die eine finanzielle Kostenerstattung für den städtischen Haushalt haben würde. Das Defizit im Bereich Jugend und Soziales beträgt im Haushalt 2015 der Stadt Kaiserslautern 83,1 Millionen Euro und im Haushalt 2016 85,2 Millionen Euro.

Grundsätzliche Hoffnung, dass sich in der Praxis der Finanzierung der Kommunen durch Bund und Länder in Zukunft etwas verändert, hat der Kaiserslauterer Oberbürgermeister. „Es wird aber nicht so sein, dass es kurzfristig erfolgt“, warnt Weichel vor zu schnellen Erwartungen.

Weichel glaubt daran, dass die Forderung des Aktionsbündnisses nach einer Debatte im Deutschen Bundestag zu der nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen Wirklichkeit wird. Er setzt dabei auf die überparteiliche, starke Botschaft, die hinter dem Aktionsbündnis steht und darauf, dass sie ihre Wirkung nicht verfehlen wird. (rdz)

Glaubt daran, zusammen mit dem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ eine Debatte im Deutschen Bundestag zur finanziellen Situation der Kommunen zu erreichen: Oberbürgermeister Klaus Weichel.
FOTO: VIEW

vermieden
lautern Pa-
rid nenne
chen strah-
den Lauter-
Das heißt
der SV Mo-
raubenden
pions Leagu-
in der kom-
Frohnhöfer,
gepeilte Zie-
dann zwar
aber doch s-
Adresse, (pk

AM RANDI
Durstig
Tourist

Mit einem
Fall des Lad-
sich Beamte
lizenz am Frei-
Ein 15-jährig-
in einem Dis-
seplatzen ein-
len und wurde
des Geschäfts
gerufenen Po-
en des junge
staunten sie
Jährige wohl
(Oberschwab-
was ihn dem-
führe, gab der
mit Kumpels h-
er gehört hab-
eine super St-
über die tout
des Filus infor-
Fingern des S-
dings wohl ni-
den durstigen
Strafverfahren
eingeleitet. (re)

Berlin

Städte wollen mehr Geld

Bürgermeister und Oberbürgermeister aus der Westpfalz nehmen ab heute in Berlin an einem Treffen des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte" teil. Sie wollen bei Bundespolitikern auf die angespannte finanzielle Lage ihrer Städte hinweisen. Aus der Westpfalz reisen unter anderem die Oberbürgermeister von Kaiserslautern und Pirmasens, Weichel und Matheis, und der Zweibrücker Bürgermeister Franzen zu dem Treffen nach Berlin. Sie sind wie viele andere Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland der Meinung, dass hochverschuldete Städte finanzielle Unterstützung vom Bund und den Ländern brauchen. Mit Sparen alleine kämen Kommunen in strukturschwachen Regionen wie der Westpfalz oder dem Ruhrgebiet nicht aus der Schuldenfalle. Ihre Forderungen wollen Vertreter des Aktionsbündnisses "Für die Würde der Städte" bei dem zweitägigen Treffen in Berlin unter anderem mit Vizekanzler Gabriel besprechen.

Stand: 23.2.2015, 8.25 Uhr

MRN-News.de
Metropolregion Rhein-Neckar News

Eine Region - Ein Nachrichtenportal

++++ Nachrichten für die gesamte Metropolregion

STARTSEITE	NACHRICHTEN	VIDEOS	APPVERZEICHNIS	VERANSTALTUNGEN	THEMENSEITEN
----------------------------	-----------------------------	------------------------	--------------------------------	---------------------------------	------------------------------

Ludwigshafen – Kämmerer Feid vertritt Ludwigshafen bei der „Berliner Aktion“ des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“

Veröffentlicht am 20. Februar 2015 um 15:33 Uhr

Ludwigshafen/ Metropolregion Rhein-Neckar.

Kämmerer Dieter Feid nimmt am Montag, 23. Februar 2015, und am Dienstag, 24. Februar

2015, für die Stadt Ludwigshafen an der „Berliner Aktion“ des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ teil. Angeführt von Dagmar Mühlenfeld (SPD), Oberbürgermeisterin von Mühlheim an der Ruhr, und Peter Jung (CDU), Oberbürgermeister von Wuppertal, treffen sich auf der Kommunalkonferenz in der Hauptstadt Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie Kämmererinnen und Kämmerer aus rund 50 Kommunen und sieben Bundesländern.

Ziel des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses ist es, die Aufmerksamkeit von Bund und Ländern, Medien und Öffentlichkeit auf die für die Kommunen nicht mehr allein lösbaren gravierenden Finanzproblemen zu lenken. Die Städte und Gemeinden möchten von Bund und Ländern mehr Unterstützung, um ihre kommunale Gestaltungsfähigkeit wiederzugewinnen. Die Kommunen fordern deshalb Hilfe zur Selbsthilfe unter dem Hinweis auf die eigenen Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen ein.

Oberste Priorität für das Aktionsbündnis genießt dabei die Neuordnung des kommunalen Finanzsystems, um ein gerechtes Gemeindefinanzsystem zu erhalten, das für gleichwertige Lebensverhältnisse im Sinn der Verfassung sorgen kann.

Auf der Tagesordnung in Berlin stehen Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundestagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der Linken sowie Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, insbesondere mit Vizekanzler und [Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel](#).

Im Vorfeld der Kommunalkonferenz in Berlin bekräftigte Ludwigshafens Kämmerer Feid seine Forderung nach einer Neujustierung der Finanzströme. „Wir verlangen von Bund und Ländern endlich mehr Gerechtigkeit für die finanziell bedrängten Kommunen, denen seit Jahrzehnten per Gesetz nicht ausreichend gegenfinanzierte Aufgaben übertragen wurden.“ Bereits zuvor hatte Feid alle örtlichen Abgeordneten des Bundes- und Landtags darum gebeten, dieses Anliegen und die Forderungen des Aktionsbündnisses in ihren Wirkungskreisen ebenfalls zu unterstützen.

WAZ Duisburg

WAZ, 23.03.2015



MdB wurden in Berlin auch auf den Putz hauen

Die Bundestagsabgeordneten sehen die Not der Städte. Astrid Timmermann-Fechter verweist aber auf die Hilfen, die der Bund bereits leistet. Arno Klare: Brauchen gezielte Programme für das Ruhrgebiet

Von Andreas Heinrich

Wie können die Lebensbedingungen in den deutschen Städten wieder ins Gleichgewicht gebracht werden? In Berlin debattieren darüber zu Beginn der Woche die Stadtspitzen aus 50 Kommunen und Gemeinden mit hochrangigen Bundespolitikern – und sie fordern finanzielle Hilfe. Aus Mülheim ist OB Dagmar Mühlenfeld als Sprecherin des städteübergreifenden Bündnisses „Raus aus den Schulden“ vor Ort. Über die bisher einmalige Aktion in der Geschichte der Bundesrepublik sprach die WAZ mit den Mülheimer Bundestagsabgeordneten, Astrid Timmermann-Fechter (CDU) und Arno Klare (SPD).

Wenn Sie Oberbürgermeister/-in von Mülheim wären, würden Sie dann auch in Berlin auf den Putz hauen?

Timmermann-Fechter: Natürlich würde ich mich für die Stadt einsetzen, dafür, dass es ihr besser geht. Das erwarte ich von einer Stadtspitze. Ich kann die Aktion gut nachvollziehen.

Klare: Ja, ich würde auch auf den Putz hauen. Das muss man deutlich tun. Es heißt zwar, dass die Kommunen, wenn man ihre Haushalte addiert, einen großen Überschuss haben. Aber es gibt gravierende Unterschiede, was ihre finanzielle Situation angeht. Da braucht gerade das Ruhrgebiet, das jahrzehntlang für andere Regionen blühende Landschaften erwirtschaftet hat, Solidarität. Die muss sich auch beim Länderfinanzausgleich zeigen.

Tut der Bund zu wenig für die Kommunen?

Timmermann-Fechter: Der Bund hat die Probleme erkannt, und er tut einiges. Allein für die Grundsicherung erhält die Stadt Mülheim für die Jahre 2011 bis 2015 rund 25 Millionen Euro. In diesem Jahr erhalten die Kommunen 24 Milliarden vom Bund, elf davon für Soziales, für frühkindliche Bildung, zwölf Milliarden für Verkehr und Infrastruktur. Es gibt darüber hinaus vorab eine Milliarde an Eingliederungshilfen, eine Milliarde für die Unterbringung von Asylbewerbern. Aber man muss die Aufgaben der Kommunen auch als Gesamtwort sehen. Für mich gehört daher eine Landeshilfe dazu.



In Berlin – hier die Reichstagskuppel – suchen die Stadtspitzen das Gespräch mit der Bundespolitik.

FOTO: INGO OTTO

Klare: Bis dato tut der Bund nicht genug. Wir brauchen gezielte Programme, die das Ruhrgebiet betreffen, um die Wirtschaft in Gang zu halten. Darauf muss man in Gesprä-

chen in Berlin immer wieder hingewiesen, auch wenn das Land NRW und das Ruhrgebiet starke Regionen sind. Wir haben in NRW 17 von 50 Dax-Unternehmen, eine der

dichtesten Hochschullandschaften. Wir haben ein Bruttoinlandsprodukt, das stärker ist als das der Niederlande. Aber wir erleben im Ruhrgebiet im Moment die Notwendig-



Astrid Timmermann-Fechter und Arno Klare. FOTO: REINER KRUSE/FABIAN STORLICH

keit, dass die Region mehr Geld braucht, um sich besser entwickeln zu können. Hier ist der Wandel eben noch nicht abgeschlossen. Konzepte und Ideen sind da.

Was können Sie als Abgeordnete(r) tun?

Timmermann-Fechter: Ich werde mir einmal genau anschauen, was von den Bundesgeldern in Mülheim ankommt. Die Überweisungen der Mittel erfolgen ja über das Land.

Klare: Als Ruhrgebiets-MdB kann ich die Forderungen in Berlin immer wieder nur unterstützen, dass die Region mehr Mittel braucht, um Infrastruktur- und Innovationsprogramme umzusetzen. Man kann nicht mit der Gießkanne über alle gehen. Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden.

Städte in der Region haben Bedarf am Soli

Hoffnungen auf die Zeit ab 2019/2020

Die Hoffnung in der Region ruht darauf, dass der Soli künftig auch vor Ort ankommt. Wie sehen sie die Chancen?

Klare (SPD): Der Soli stammt aus allgemeinen Steuermitteln und ist nie zweckgebunden. Er wird ab 2019/2020 etwa 18 Milliarden Euro betragen. Unsere Vorstellung ist, dass der Soli zu 50 Prozent an die Länder geht. Nach einem Schlüssel würde NRW 21 Prozent davon erhalten und könnte dann frei über das Geld verfügen.

Timmermann-Fechter (CDU): Die Verteilung muss in Zukunft nach Bedürftigkeit erfolgen. Und da müsste diese Region auf jeden Fall mit berücksichtigt werden. Wir haben Bedarf.

Eine Klage der Städte lautet stets: Bund und Länder machen Gesetze, die Städte haben die Kosten zu tragen. Eine berechnete Kritik?

Klare: Es muss in die Köpfe aller: Wenn Forderungen und Gesetze aufgestellt werden, die in den Kommunen haushalterische Relevanz haben, dann müssen auch die Mittel folgen, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Der Bundesfinanzminister schreibt eine schwarze Null. Dürfen da die Städte nicht mehr erwarten?

Timmermann-Fechter: Wir dürfen nicht vergessen, dass wir sicher große Steuereinnahmen haben, von denen aber auch die Kommunen profitieren und nicht nur der Finanzminister.

Anzeige

Ungetrübtes Liebes statt Scheidentrock

Wie eine aktuelle Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach aufdeckt, kann Scheidentrockenheit das Sexualleben erheblich beeinträchtigen. Mehr als ein Drittel der betroffenen Frauen wissen sich aber inzwischen mit einer FeuchtCreme davor zu schützen.



Frauen werden aktiv gegen

Viele Frauen greifen sozusagen Creme (Marke Vagisan). Denn die

Dienstag, 24. Februar 2015

9.00 Uhr (24.2.)

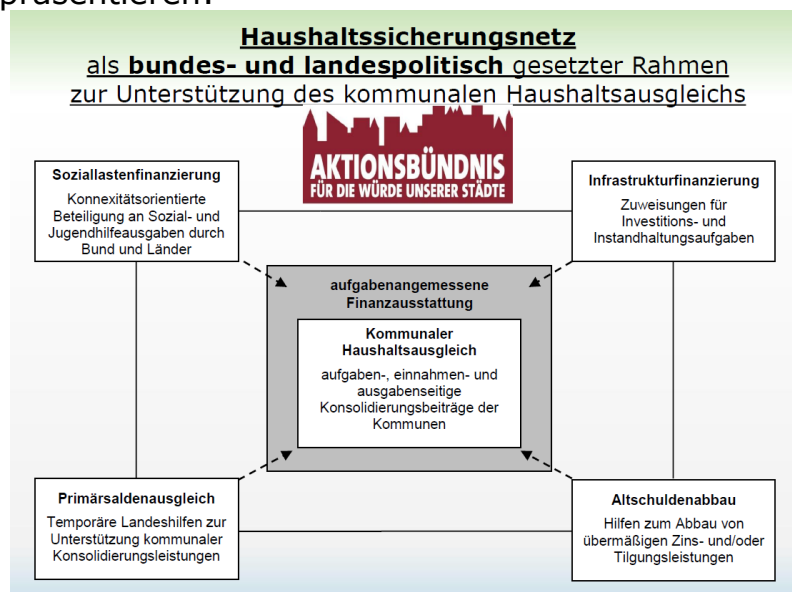
Vorsprache in Berlin

Vielversprechender Auftakt der Gespräche über Stadtfinanzen

Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und ihre Kämmerer befinden sich seit gestern (23.2.) in Berlin, um dort ihre Forderungen nach einer nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzierung vorzutragen. Auftakt der Gespräche war ein abendliches Treffen mit den Bundestagsabgeordneten aus den Wahlkreisen der 51 Städte, die sich im Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ zusammengeschlossen haben und mit rund acht Millionen Einwohnern zehn Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik repräsentieren.

Etwa 50 Bundestagsabgeordnete folgen der Einladung der beiden Sprecher des Aktionsbündnisses, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (Mülheim/SPD) und Peter Jung (Wuppertal/CDU). „Der Abend war ein aufschlussreicher und wichtiger Auftakt für die heutigen Gespräche mit den Fraktionsspitzen der im Bundestag vertretenen Parteien“, wertete Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld den Abend mit den Bundespolitikern.

Im Kern werden die Stadtoberhäupter den Fraktionen heute vier zentrale Forderungen präsentieren:



Kurzmeldungen

► WDR.de ► Nachrichten ► Gegen finanzielle Not: Bürgermeister aus NRW treffen Gabriel

Gegen finanzielle Not: Bürgermeister aus NRW treffen Gabriel

Fünzig Bürgermeister und Kämmerer vor allem aus NRW wollen am Dienstag (24.02.2015) in Berlin auf die finanzielle Not ihrer Städte aufmerksam machen. Dazu ist ein Treffen mit Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) und den Chefs der Bundestagsfraktionen geplant.

Die Initiative beklagt, dass der Bund Kosten auf die Städte und Gemeinden abwälze und sie dann mit ihren finanziellen Problemen allein lasse, so die Sprecher des Bündnisses, die Mülheimer Oberbürgermeisterin Mühlenfeld (SPD) und der Wuppertaler OB Jung (CDU).



Die Oberbürgermeister hatten auch schon 2010 im Landtag nach Hilfe gesucht

Mehr zum Thema

- Hilferuf der klammen Städte: Oberbürgermeister suchen Hilfe in Berlin [NRW-Studios]

Stand: 24.02.2015, 08.35 Uhr

KOMPAKT

Vermischtes

AUS DER POLITIK

Unterstützung von Bund und Land einfordern



Stadtkämmerer Dr. Georg Lunemann ist seit gestern in Berlin und wird mit 49 Vertretern anderer Städte vom Aktionsbündnis

„Für die Würde unserer Städte“ mit Bundespolitikern sprechen. Gemeinsam wollen sie Gerechtigkeit für Kommunen einfordern. Dabei geht es um eine verstärkte Bundes- und Länderunterstützung. Das Bündnis, dem sich 51 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, wird von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze empfangen und Vizekanzler Sigmar Gabriel treffen. Zuvor führen die Hauptverwaltungsbeamten und Kämmerer Gespräche mit den Bundestagsfraktionen. Sie sind u.a. verabredet mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), der parlamentarischen Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), dem stellvertretenden Fraktionschef der „Linken“, Dietmar Bartsch, den Kommunalpolitischen Sprechern Ingbert Liebing (CDU/CSU), Bernhard Daldrup (SPD) und Kerstin Kassner (Die Linken) sowie einer Reihe weiterer Abgeordnete.



aktuelles.solingen.de

Das Wichtigste auf einen Blick.

Solingen

← STARTSEITE

A|A|A

STADTPLAN

IMPRESSUM

KONTAKT

2015: Kommunalbündnis macht Druck in Berlin

Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und ihre Kämmerer, darunter der Solinger OB Norbert Feith und Stadtkämmerer Ralf Weeke, befinden sich seit Montag, 23. Februar in Berlin, um dort ihre Forderungen nach einer nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzierung vorzutragen. Auftakt der Gespräche war ein abendliches Treffen mit den Bundestagsabgeordneten aus den Wahlkreisen der 51 Städte, die sich im Aktionsbündnis „Für

die Würde unserer Städte“ zusammengeschlossen haben und mit rund acht Millionen Einwohnern zehn Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik repräsentieren.

Etwa 50 Bundestagsabgeordnete folgten der Einladung der beiden Sprecher des Aktionsbündnisses, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (Mülheim/SPD) und Peter Jung (Wuppertal/CDU). „Der Abend war ein aufschlussreicher und wichtiger Auftakt für die heutigen Gespräche mit den Fraktionsspitzen der im Bundestag vertretenen Parteien“, wertete Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld den Abend mit den Bundespolitikern.

Im Kern werden die Stadtoberhäupter den Fraktionen heute vier zentrale Forderungen präsentieren:

1. Angemessene, verursachungsgerechte Beteiligung an der Finanzierung sozialer Lasten ("Wer bestellt, bezahlt!" - Konnexitätsprinzip)
2. Vorübergehende Landeshilfen zur Unterstützung kommunaler Einsparprogramme
3. Zuschüsse für Investitionen in die örtliche Infrastruktur (Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude etc.)
4. Hilfen zum Abbau der aufgelaufenen Altschulden (Zins- und(oder Tilgungsleistungen)

Schaubild: Die vier Forderungen

Deutschland braucht leistungsfähige Städte - Presseerklärung des Deutschen Städtetages vom 24.2.15



Das Städtebündnis "Raus aus den Schulden" protestierte schon im Dezember 2009 vor dem Landtag für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen. (OB Norbert Feith am rechten Bildrand, links daneben Kämmerer Ralf Weeke; im Zentrum die Sprecherin des Bündnisses, OB Dagmar Mühlenfeld)

Dienstag, 24. Februar 2015/8.45

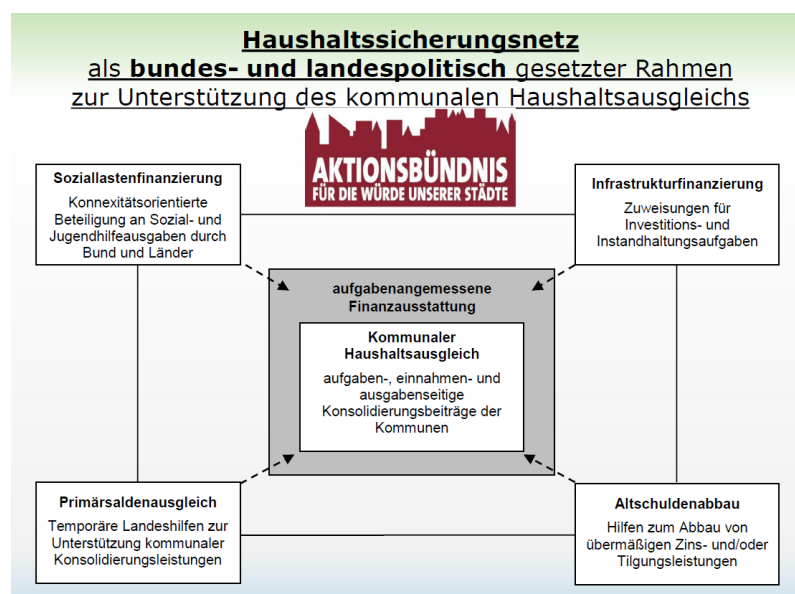
Vorsprache in Berlin

Vielversprechender Auftakt der Gespräche über Stadtfinanzen

Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und ihre Kämmerer befinden sich seit gestern (23.2.) in Berlin, um dort ihre Forderungen nach einer nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzierung vorzutragen. Auftakt der Gespräche war ein abendliches Treffen mit den Bundestagsabgeordneten aus den Wahlkreisen der 51 Städte, die sich im Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ zusammengeschlossen haben und mit rund acht Millionen Einwohnern zehn Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik repräsentieren.

Etwa 50 Bundestagsabgeordnete folgen der Einladung der beiden Sprecher des Aktionsbündnisses, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (Mülheim/SPD) und Peter Jung (Wuppertal/CDU). „Der Abend war ein aufschlussreicher und wichtiger Auftakt für die heutigen Gespräche mit den Fraktionsspitzen der im Bundestag vertretenen Parteien“, wertete Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld den Abend mit den Bundespolitikern.

Im Kern werden die Stadtoberhäupter den Fraktionen heute vier zentrale Forderungen präsentieren:



PRESSEMITTEILUNG

verantwortlich: Volker Wiebels
Pressesprecher

☎ 0208 / 455 13 50

☎ 0208 / 455 58 13 50

☎ 0171 / 552 71 28

@ Volker.Wiebels@muelheim-ruhr.de



Dienstag, 24. Februar 2015/14.20

"Kommunaler Rettungsschirm" gefordert

50 Oberbürgermeister vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" zeigen sich nach Gesprächen im Bundestag erwartungsvoll und kämpferisch

Bei ihrem Ringen um die Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit sehen mehr als 50 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Landräte und Finanzdezernenten von Kommunen in Finanznot vom parteiübergreifenden Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" optimistischer in die Zukunft: Bei Gesprächen mit allen Fraktionen des Deutschen Bundestages stellten prominente Bundespolitiker mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht.

Die Kommunalpolitiker - an ihrer Spitze Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) mit ihren Kämmerern Uwe Bonan und Stadtdirektor Johannes Slawig - hatten eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung eindeutige Zusagen. Das versprachen für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing, für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bernhard Daldrup, für "Die Linke" der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, und für die Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische

Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete.

Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus 7 Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen "Kommunalen Rettungsschirm".

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. "Deshalb traten wir heute in Berlin nicht als Bittsteller, sondern mit der Forderung nach Gerechtigkeit auf", erklärten alle Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Kämmerer. Dass ihr gemeinsamer Auftritt in Berlin ernst genommen wurde, bewies eine zusätzliche Begegnung am Abend mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Die Oberbürgermeister und Kämmerer, allesamt politische Profis, wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. OB Dagmar Mühlenfeld und OB Peter Jung formulierten: "Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr. Soweit darf es nicht kommen.

Was die Kommunen als Erstes konkret erwarten, sagt Stadtkämmerer Bonan: " Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen Kostensteigerungsraten von den 5 Mrd. Euro Entlastung nur noch 1,5 Mrd. Euro effektiv - netto- übrig. Wir brauchen nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen."

Wie das Gespräch mit Herrn Gabriel gelaufen ist, ist zu erfahren unter 01 60 / 90 690994 (Frau Borninghoff).



- ▶ Stadt am Fluss
- ▶ Rathaus
- ▶ Jobs & Karriere
- ▶ Anreise & Stadtplan
- ▶ Ratsinformationssystem
- ▶ Wahlen
- ▶ Haushalt
- ▶ Mülheim International
- ▶ Lebenslagen



"Kommunaler Rettungsschirm" gefordert

50 Oberbürgermeister vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" zeigen sich nach Gesprächen im Deutschen Bundestag erwartungsvoll und kämpferisch. Bei ihrem Ringen um die Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit sehen sie optimistischer in die Zukunft. Prominente Bundespolitiker stellten mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht. Zur Aktion in Berlin hier [...mehr](#)

"Kommunaler Rettungsschirm" gefordert

50 Oberbürgermeister vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" zeigen sich nach Gesprächen im Bundestag erwartungsvoll und kämpferisch

Bei ihrem Ringen um die Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit sehen mehr als 50 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Landräte und Finanzdezernenten von Kommunen in Finanznot vom parteiübergreifenden Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" optimistischer in die Zukunft: Bei Gesprächen mit allen Fraktionen des Deutschen Bundestages stellten prominente Bundespolitiker mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht.



Fotos: Walter Schernstein

Die Kommunalpolitiker - an ihrer Spitze Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) mit ihren Kämmerern Uwe Bonan und Stadtdirektor Johannes Slawig - hatten eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städte und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung eindeutige Zusagen. Das versprochen für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing, für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bernhard Daldrup, für "Die Linke" der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, und für die Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete.



Im Gespräch mit der CDU-Fraktion / Volker Kauder

Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus 7 Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen "Kommunalen Rettungsschirm".

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. "Deshalb traten wir heute in Berlin nicht als Bittsteller, sondern mit der Forderung nach Gerechtigkeit auf", erklärten alle Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Kämmerer. Dass ihr gemeinsamer Auftritt in Berlin ernst genommen wurde, bewies eine zusätzliche Begegnung am Abend mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Die Oberbürgermeister und Kämmerer, allesamt politische Profis, wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. OB Dagmar Mühlenfeld und OB Peter Jung formulierten: "Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr. Soweit darf es nicht kommen."

Was die Kommunen als Erstes konkret erwarten, sagt Stadtkämmerer Bonan: "Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen Kostensteigerungsraten von den 5 Milliarden Euro Entlastung nur noch 1,5 Milliarden Euro effektiv - netto - übrig. Wir brauchen nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen."



Großes Medieninteresse: OB Dagmar Mühlenfeld im Interview. Ganz links im Bild Stadtkämmerer Uwe Bonan.

Die "Berliner Erklärung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch ein gerechtes Gemeindefinanzsystem" sowie die Folien zur „Berliner Aktion“ am 23. und 24. Februar 2015 sind als pdf-Dateien zum Nachlesen beigefügt.

Kontakt

[Volker Wiebels](#)
[Nicole Borninghoff](#)

Kontext

- [Berliner Erklärung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch ein gerechtes Gemeindefinanzsystem vom 23. Februar 2015 \(Dateigröße: 23 KB/-typ: pdf\)](#) **A**✗
- [Folien zur Berliner Aktion am 23. und 24. Februar 2015 \(Dateigröße: 421 KB/-typ: pdf\)](#) **A**✗

Informationsdienst RUHR

- idr 2015/247 (GaNe)
- 24.02.2015
-
- Ruhrgebiet, NRW
- Politik
-
- Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden" fordert "kommunalen Rettungsschirm" für notleidende Städte
-
- Berlin/Metropole Ruhr (idr). Mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe: Das versprochen heute Politiker aller Fraktionen des Bundestages und Vertreter der Bundesregierung bei einem Treffen mit rund 50 Oberbürgermeistern in Berlin. Die Delegation des Aktionsbündnisses "Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte" diskutierte gestern und heute mit Bundespolitikern, u.a. mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Konkret gefordert wurde ein "kommunaler Rettungsschirm". Notwendig sei eine baldige Bundestagsdebatte zur Ungleichheit der Lebensverhältnisse in reichen und armen Städten sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode.
- Das parteiübergreifende Aktionsbündnis begründete seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden.
- Gegründet wurde das Bündnis "Raus aus den Schulden" von Städten und Kreisen der Metropole Ruhr und des Bergischen Landes. Mittlerweile gehören ihm mehr als 50 Kommunen mit gut acht Millionen Einwohnern an. Sprecher des Bündnisses sind Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim und der Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung (CDU).
-
- Pressekontakt: Stadt Mülheim, Volker Wiebels, Telefon: 0208/455-1350, E-Mail: volker.wiebels@mulheim-ruhr.de



„Für die Würde der Städte“: Bürgermeister von Bochum bis Zweibrücken machten vor dem Reichstag auf ihre Finanznöte aufmerksam.

FOTO: WALTER SCHERNSTEIN

Demonstration der armen Städte

Bürgermeister und Kämmerer eines Bündnisses von 52 Krisen-Kommunen – darunter viele aus dem Ruhrgebiet – fordern in Berlin Hilfe durch den Bund

Von Miguel Sanchez

Berlin. Die Geldnöte der Kommunen haben den Bundestag erreicht. Das Parlament will „zeitnah“ darüber debattieren und bis 2017 aktiv werden, um das Finanzsystem neu zu ordnen. Das haben Vertreter aller Fraktionen gestern einem Bündnis von 52 Kommunen versprochen. Die 49 angereisten Bürgermeister und Kämmerer ermahnten die Große Koalition, Wort zu halten und die Städte um fünf Milliarden Euro bei der Eingliederungshilfe für Behinderte zu entlasten. „Es ist klar, dass wir darum noch ringen müssen“, sagte die Mülheimer Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) als Wortführerin unserer Zeitung. Höhepunkt des Berlin-Trips war ein Treffen mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der die Kommunalpolitiker dazu ermutigte, weiter Druck zu machen.

In der Finanzplanung sind die Mittel ab 2018 eingestellt. So lange wollen die Städte nicht vertröstet werden. Zum einen steigen die Ausgaben. Zum anderen stehen 2017 Wahlen an. Gabriel stellte den Bürgermeistern eine Treppen-

lösung in Aussicht: eine stufenweise Anhebung, die ersten zwei Milliarden Euro schon im Jahr 2017.

Das Bündnis kämpft nach seinem Selbstverständnis „für die Würde unserer Städte“, die zur Hälfte aus NRW, insgesamt aber aus sieben Ländern kommen. Sie haben eines gemeinsam: Hohe Schulden, sodass ihre Haushalte oft nur unter Aufsicht (und Auflagen) genehmigt werden.

Wie die Griechen auf EU-Ebene, können sie die Schulden nicht aus eigener Kraft tragen. Kommunale Selbstverwaltung wird darob zu

Gerade in NRW ist die Schuldenlast groß

■ Nicht jeder Kommune geht es schlecht, aber den 52, die in Berlin demonstrierten, schon. Im Revier zählen dazu Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen, darüber hinaus in NRW unter anderem Hagen, Unna und Wesel, aus anderen Ländern zum Beispiel Saarbrücken, Kaiserslautern, Rostock. Sie vertreten rund acht Millionen Menschen.

einer Lebenslüge. So viel zur Würde. Mühlenfeld spricht von einer „Gerechtigkeitsfrage“, weil die Regionen auseinanderdriften. Von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ spricht nur noch die Verfassung. Die Realität sieht anders aus.

In Berlin werden die Bürgermeister regelmäßig an die Länder verwiesen. Groß ist der Argwohn, dass diese die Hilfsangebote des Bundes nicht weiterleiten. Am deutlichsten wurde Unions-Fraktionschef Volker Kauder. Hilfe müsse den Kommunen direkt zugutekommen. Ansetzen könnte der Bund bei der Eingliederungshilfe. Die Kosten dafür sind seit 2000 um 71 Prozent gestiegen.

Die Altschulden sind erdrückend

Die Misere der Kommunen ist eine Folge von Missmanagement und einer unfairen Praxis, weil der Bund ihnen Pflichten auferlegte, aber sie mit den Kosten allein ließ. Die Problemzonen der Kämmerer: Die Etats für Soziales und Jugend. Die meisten der 52 Städte haben mit dem Strukturwandel zu kämpfen. Für neue Aufgaben fehlt ihnen das Geld. Ein Beispiel ist die Flüchtlingshilfe. Abzüglich aller Fi-

nanzspritzen aus Bund und Ländern muss nur Mülheim allein in diesem Jahr dafür rund 9,4 Millionen Euro aufwenden. Aber die Altschulden sind erdrückend. Nicht nur an der Ruhr. Nach Angaben des Deutschen Städtetages sind die Kassenkredite der Gemeinden von 1,4 Milliarden im Jahr 1992 auf 48 Milliarden Euro (2013) gestiegen.

Es war gestern nicht das erste Mal, dass die Kommunalpolitiker in Berlin auf den Plan traten, aber selten waren die Erfolgsaussichten größer. Erstens, die Große Koalition regiert. Das verspricht ein Maximum an Einfluss. Zweitens, die Steuerquellen sprudeln. Der Bund hat Spielräume. Drittens stehen 2015 Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich an. Die Kommunen schielen dabei auf die Mittel aus dem „Soli“-Zuschlag.

Das Zeitfenster für Gespräche wollen auch die Kommunalpolitiker nutzen. „Was jetzt nicht geregelt wird, das wird auch in den nächsten Jahren nicht kommen“, sagte der Wuppertaler Bürgermeister Peter Jung (CDU). Für ihn und die Sozialdemokratin Mühlenfeld hat eine Debatte im Parlament hohen Wert: Sie ist wie ein Weckruf.

Demo der armen Städte

Bürgermeister und Kämmerer eines Bündnisses von 52 Krisen-Kommunen – darunter viele von Rhein und Ruhr – fordern in Berlin Hilfe durch den Bund ein

Von Miguel Sanchez

An Rhein und Ruhr/Berlin. Die Geldnöte der Kommunen haben den Bundestag erreicht. Das Parlament will „zeitnah“ darüber debattieren und bis 2017 aktiv werden, um das Finanzsystem neu zu ordnen. Das haben Vertreter aller Fraktionen gestern einem Bündnis von 52 Kommunen versprochen. Die 49 angereisten Bürgermeister und Kämmerer ermahnten die Große Koalition, Wort zu halten und die Städte um fünf Milliarden Euro bei der Eingliederungshilfe für Behinderte zu entlasten. „Es ist klar, dass wir darum noch ringen müssen“, sagte Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) als Wortführerin unserer Zeitung. Höhepunkt des Berlin-Trips war ein Treffen mit Wirtschaftsminister Sigmар Gabriel (SPD), der die Kommunalpolitiker dazu ermutigte, weiter Druck zu machen.

In der Finanzplanung sind die Mittel ab 2018 eingestellt. So lange wollen die Städte nicht vertröstet werden. Zum einen steigen die Ausgaben. Zum anderen stehen 2017 Wahlen an. Gabriel stellte den Bürgermeistern eine Treppenlösung in Aussicht: eine stufenweise Anhebung, die ersten zwei Milliarden Euro schon im Jahr 2017.

Das Bündnis kämpft nach seinem Selbstverständnis „für die Würde unserer Städte“, die zur Hälfte aus NRW, insgesamt aber aus sieben Ländern kommen. Sie haben eines gemeinsam: Hohe Schulden, sodass ihre Haushalte oft nur unter Aufsicht (und Auflagen) genehmigt werden.

Altsschulden sind erdrückend

Wie die Griechen auf EU-Ebene, können sie die Schulden nicht aus eigener Kraft tragen. Kommunale Selbstverwaltung wird darob zu einer Lebenslüge. So viel zur Würde. Mühlenfeld spricht von einer „Gerechtigkeitsfrage“, weil die Regionen auseinanderdriften. Von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ spricht nur noch die Verfassung. Die Realität sieht anders aus.

In Berlin werden die Bürgermeister regelmäßig an die Länder verwiesen. Groß ist der Argwohn, dass diese die Hilfsangebote des Bundes nicht weiterleiten. Am



Rund 50 Stadtchefs und ihre Kämmerer machten auf die Finanznöte ihrer Städte aufmerksam.

FOTO: WALTER SCHERFSTEIN

deutlichsten wurde Unions-Fraktionschef Volker Kauder. Hilfe müsse den Kommunen direkt zugutekommen. Ansetzen könnte der Bund bei der Eingliederungshilfe. Die Kosten dafür sind seit 2000 um 71 Prozent gestiegen.

Die Misere der Kommunen ist eine Folge von Missmanagement und einer unfairen Praxis, weil der Bund ihnen Pflichten auferlegte, aber sie mit den Kosten allein ließ. Die Problemzonen der Kämmerer: Die Etats für Soziales und Jugend. Die meisten der 52 Städte haben mit dem Strukturwandel zu kämpfen. Für neue Aufgaben fehlt ihnen das Geld. Ein Beispiel ist die Flüchtlingshilfe. Abzüglich aller Finanzspritzen aus Bund und Ländern muss nur Mülheim allein in diesem Jahr dafür rund 9,4 Millionen Euro aufwenden. Aber die Alt-

schulden sind erdrückend. Nicht nur an der Ruhr. Nach Angaben des Deutschen Städtetages sind die Kassenkredite der Gemeinden von 1,4 Milliarden im Jahr 1992 auf 48 Milliarden Euro (2013) gestiegen.

Es war gestern nicht das erste Mal, dass die Kommunalpolitiker in Berlin auf den Plan traten, aber selten waren die Erfolgsaussichten größer. Erstens, die Große Koalition regiert. Das verspricht ein Maximum an Einfluss. Zweitens, die Steuerquellen sprudeln. Der Bund hat Spielräume. Drittens stehen 2015 Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich an. Die Kommunen schielen dabei auf die Mittel aus dem „Soli“-Zuschlag.

Das Zeitfenster für Gespräche wollen auch die Kommunalpolitiker nutzen. „Was jetzt nicht geregelt wird, das wird auch in den

nächsten Jahren nicht kommen“, sagte der Wuppertaler Bürgermeister Peter Jung (CDU). Für ihn und die Sozialdemokratin Mühlenfeld hat eine Debatte im Parlament hohen Wert: Sie ist wie ein Weckruf.

GERADE IN NRW IST DIE SCHULDENLAST GROSS

■ **Nicht jeder Kommune** geht es schlecht, aber den 52, die in Berlin demonstrierten, schon. Im Revier zählen dazu **Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Essen**, darüber hinaus in NRW unter anderem Hagen, Unna und **Wesel**, aus anderen Ländern zum Beispiel Saarbrücken, Kaiserslautern, Rostock. Sie vertreten rund acht Mio Menschen.

Lokalzeit Ruhr, 24. Februar 2015/19.30 Uhr



WDR

Lokalzeit Ruhr

▶ Mediathek Videos ▶ Sendungen A-Z ▶ Lokalzeit ▶ Lokalzeit Ruhr ▶ Oberbürgermeister fordern in Berlin Geld fürs Revier

18Mi 19Do 20Fr 21Sa 22So 23Mo 24Di 25Mi

WDR

Lokalzeit Ruhr

▶ Video

http://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/lokalzeit/lokalzeit-ruhr/videooberbuergemeisterforderninberlingeldfuersrevier100_size-L.html?autostart=true#banner

25. Februar 2015 | 08.22 Uhr

Desaströse Finanzlage der Kommunen

Bürgermeister betteln bei Gabriel



Rund 50 Bürgermeister des Kommunalbündnisses "Für die Würde unserer Städte" demonstrierten am Dienstag vor dem Bundestag in Berlin. FOTO: dpa, bvj pzi
 Berlin. Dutzende Stadtchefs und Kämmerer haben sich wegen der desaströsen finanziellen Lage in ihren Kommunen mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Fraktionsvertretern getroffen. Die Reise war jedoch eher symbolisch. Von Jan Drebes

Rund 50 Bürgermeister und Kämmerer vor allem aus Nordrhein-Westfalen haben von der Bundespolitik schnelle Hilfe im Kampf gegen die ausufernden Schulden in ihren Kommunalhaushalten gefordert. Viele Städte könnten ihre Kredite trotz eisernen Sparens niemals zurückzahlen, warnte das Bündnis gestern. Das liege vor allem daran, dass der Bund Kosten auf die Städte und Gemeinden abwälze, kritisierten die Sprecher der Initiative, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim und ihr Amtskollege Peter Jung (CDU) aus Wuppertal. "Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr", warnten sie.

In Berlin trafen die Kommunalpolitiker Vertreter aller vier Bundestagsfraktionen. Sowohl Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) als auch SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann fanden Zeit für die ungewöhnlich große Abordnung der Kommunen. Bei den Grünen war es die parlamentarische Geschäftsführerin Britta Haßelmann, bei den Linken Fraktionsvize Dietmar Bartsch. Doch am Ende kam kaum mehr dabei herum als ein Symbolfoto vor dem Reichstag, bei dem die Kommunalchefs die Ortsschilder ihrer jeweiligen Pleite-Städte in die Kameras halten konnten.

Immerhin: Mönchengladbachs Kämmerer Bernd Kuckels (FDP) empfand die Gespräche als konstruktiv. Man habe nicht auf Granit gebissen. "Die Bundespolitik hat unsere Probleme erkannt", sagte Kuckels. Es gebe nun erste Anzeichen, dass die beiden Chefs der Regierungsfractionen auch offen für mehr finanzielle Unterstützung noch in dieser Legislaturperiode seien - etwa bei Eingliederungshilfen. Konkrete Zusagen gab es jedoch nicht; weder Kauder noch Oppermann waren für ein Statement erreichbar. Aber es soll eine Generaldebatte im Bundestag zu den Anliegen der Kommunen geben. "Das haben wir als Bündnis als Forderung mitgebracht und erreicht", sagte Remscheids Kämmerer Sven Wiertz (SPD).



[Die Sparliste der Städte in NRW](#) FOTO: RPO

Für Unmut sorgte bei Solingens Oberbürgermeister Norbert Feith (CDU), dass kein Minister seiner Partei oder ein Staatssekretär aus dem Innen- oder Finanzministerium Zeit für die Delegation gehabt habe. "Ich hätte mir gewünscht, dass Regierungsmitglieder beider Koalitionsparteien mit uns sprechen wollen", sagte Feith. So blieb es am Abend bei einem Treffen mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Dieser eilte anschließend zum Koalitionsgipfel ins Kanzleramt. Für Gabriel ist ein solches Treffen aber allein schon deswegen wichtig, weil er im Wahlkampf ab 2017 den Bürgern nachweisen muss, was die SPD für die Kommunen getan hat.

Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sieht in der Aktion des Bündnisses mehr als reine Symbolpolitik. "Ich kann den Aufschrei verstehen", sagte Landsberg. Ihn wundere es zudem nicht, dass unter den Städte-Chefs vor allem Vertreter aus NRW waren. "Das Beispiel der Kassenkredite zeigt die angespannte Lage an Rhein und Ruhr: Insgesamt werden deutsche Städte in diesem Jahr knapp 50 Milliarden Euro an solchen Krediten bei Geldinstituten aufgenommen haben", sagte Landsberg. Allein NRW habe daran einen Anteil von etwa 25 Milliarden Euro. "Das sind 1442 Euro pro Einwohner. In den reicheren Ländern Bayern und Baden-Württemberg liegt dieser Wert pro Kopf bei unter 20 Euro."

Landsberg appellierte an die Landeschefs, ihre Haushaltspolitik und den kommunalen Finanzausgleich zu überdenken. Der Bund tue mittlerweile bei der Grundsicherung und bei Hilfen für die Unterbringung von Flüchtlingen sehr viel. Er wünsche sich jedoch mehr Umsatzsteueranteile für die Kommunen und bei den Kosten der Unterkunft von Arbeitslosen eine noch höhere Beteiligung des Bundes. "Das Risiko ist hoch, dass die mögliche Entlastung bei den Eingliederungshilfen gar nicht bei den Kommunen ankommt, sondern an den klebrigen Fingern der Landesfinanzminister hängen bleibt", sagte Landsberg.

**Fußballstadion**

Das Heimstadion der Borussia fasst
54.067 Zuschauer.



24.02.2015



\ "Kommunaler Rettungsschirm\" gefordert - 50 Oberbürgermeister und Kämmerer vom Aktionsbündnis \ "Für die Würde unserer Städte\" zeigen sich nach Gesprächen im Bundestag erwartungsvoll und kämpferisch

Bei ihrem Ringen um die Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit sehen mehr als 50 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Landräte und Finanzdezernenten von Kommunen in Finanznot vom parteiübergreifenden Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" optimistischer in die Zukunft: Bei Gesprächen mit allen Fraktionen des Deutschen Bundestages stellten prominente Bundespolitiker mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht. Die Stadt Mönchengladbach wurde von Stadtdirektor und Kämmerer Bernd Kuckels in Berlin vertreten.

Gemeinsam mit den von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) angeführten Kolleginnen und Kollegen forderte er eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung eindeutige Zusagen. Das versprochen für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing, für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bernhard Daldrup, für "Die Linke" der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, und für die Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische

Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete.

Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus sieben Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen "Kommunalen Rettungsschirm".

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. "Deshalb traten wir heute in Berlin nicht als Bittsteller, sondern mit der Forderung nach Gerechtigkeit auf", erklärten alle Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Kämmerer. Dass ihr gemeinsamer Auftritt in Berlin ernst genommen wurde, bewies eine zusätzliche Begegnung am Abend mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Die Oberbürgermeister und Kämmerer wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. OB Dagmar Mühlenfeld und OB Peter Jung formulierten: "Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr. Soweit darf es nicht kommen. Was die Kommunen als Erstes konkret erwarten, sagt Stadtkämmerer Bonan: "Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen Kostensteigerungsraten von den 5 Mrd. Euro Entlastung nur noch 1,5 Mrd. Euro effektiv - netto- übrig. Wir brauchen nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen."



Pressemeldung-NRW.de

[Pressemeldungen](#) » [Bottrop](#) » Bottrop: "Kommunaler Rettungsschirm" gefordert

Bottrop: "Kommunaler Rettungsschirm" gefordert

Pressemeldung vom 24. Februar 2015, 16:43 Uhr

50 Oberbürgermeister vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" zeigen sich nach Gesprächen im Bundestag erwartungsvoll und kämpferisch;

Bei ihrem Ringen um die Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit sehen mehr als 50 Oberbürgermeister, Landräte und Finanzdezernenten von Kommunen in Finanznot vom parteiübergreifenden Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" nun optimistischer in die Zukunft: Bei Gesprächen mit allen Fraktionen des Deutschen Bundestages stellten prominente Bundespolitiker heute (24. Februar) mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht.

Die Kommunalpolitiker – zu denen auch Oberbürgermeister Bernd Tischler gehörte – hatten eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gefordert.

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung eindeutige Zusagen. Gesprächspartner waren für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing, für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bernhard Daldrup, für "Die Linke" der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, für die Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete.

Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus sieben Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen "Kommunalen Rettungsschirm".

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens kaum zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. "Deshalb traten wir heute in Berlin nicht als Bittsteller, sondern mit der Forderung nach Gerechtigkeit auf", erklärten alle Oberbürgermeister und Kämmerer.

Dass ihr gemeinsamer Auftritt in Berlin ernst genommen wurde, beweist eine zusätzliche Begegnung am Abend mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Die Oberbürgermeister und Kämmerer wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. Die Bündnissprecher, OB Dagmar Mühlenfeld und OB Peter Jung, betonen: "Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr. Soweit darf es nicht kommen." Die Kommunen erwarten als Erstes konkret: "Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen Kostensteigerungsraten von den 5 Mrd. Euro Entlastung nur noch 1,5 Mrd. Euro effektiv – netto- übrig. Wir brauchen nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen."

Oberbürgermeister Bernd Tischler meint zu seinen Eindrücken aus Berlin: "Wir wurden mit unseren Anliegen gut wahrgenommen und hatten hochkarätige Gesprächspartner." Er hofft nun, dass die versprochenen Hilfen auch ankommen. Tischler: "Der Tag war auf jeden Fall ein Erfolg. Es war gut, dass ich trotz der Hauptausschusssitzung in Bottrop hier in Berlin mit dabei war!"

Quelle: Pressestelle der Stadt Bottrop

Ähnliche Beiträge:

1. [Remscheid: 50 Oberbürgermeister vom Aktionsbündnis “Für die Würde unserer Städte” zeigen sich nach Gesprächen im Bundestag erwartungsvoll und kämpferisch](#)
2. [Bottrop: Aktionsbündnis erhöht den Druck auf Berlin und fordert eindringlich Sondersitzung des Bundestages](#)
3. [Bottrop: 50 Stadtchefs und ihre Kämmerer vertreten in Berlin rund acht Millionen Bundesbürger](#)
4. [Remscheid: Aktionsbündnis in Berlin – Sondersitzung des Bundestages zur Finanzierung der Kommunen gefordert!](#)
5. [Bottrop: “Gerechtigkeit” ist die Forderung vieler Kommunen zum neuen Jahr](#)

Köln Nachrichten
Das Online Nachrichtenmagazin für Köln

START NEUES AUS KÖLN KONTAKT IMPRESSUM

Lokales

Neues aus NRW

Politik

Wirtschaft

Kultur

Gesellschaft

Bildung

Immobilien

Sport

Medien

[koeln-nachrichten](#) > [Neues aus NRW](#) > [Gesetzgebung](#) > NRW-Kommunen fordern kommunalen Rettungsschirm

Für die Würde unserer Städte

NRW-Kommunen fordern kommunalen Rettungsschirm

25. Februar 2015 | 07:00 | red



Die NRW-Kommunen haben am gestrigen Dienstag in Berlin mehr Unterstützung gefordert. Man gibt sich zuversichtlich. Symbolbild: Archiv Köln Nachrichten

Die notleidenden Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben in Berlin erneut für mehr Unterstützung der Bundesebene geworben. Städte wie Gelsenkirchen oder Mönchengladbach sollen angesichts jüngster Belastungen in ihrer Autonomie gestärkt werden.

Zahlreiche Stadtkämmerer hatten sich am gestrigen Dienstag auf den Weg in die Bundeshauptstadt gemacht, um hier für ihr Anliegen zu werben. Aus Gelsenkirchen reiste etwa der Stadtkämmerer Dr. Georg Lunemann nach Berlin, um seine Forderungen zu begründen. Derverbreitete im Anschluss positive Signale.

Das Aktionsbündnis hatte in Berlin mit dem Vorsitzenden der CDU-CSU-Fraktion Volker Kauder, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Partei "Die Linke", Dietmar Bartsch sowie der Fraktionsvorsitzenden der Partei "Bündnis 90 / Die Grünen", Katrin Göring-Eckardt und weiteren Bundestagsabgeordneten gesprochen.

„Es ist uns in Berlin gelungen, den Vertretern aus dem Bundestag aufzuzeigen, dass die im Aktionsbündnis vertretenen Städte durch strukturelle Probleme nicht an der durchschnittlich positiven Entwicklung der Kommunen teilnehmen können. Was wir auch in Gelsenkirchen brauchen sind nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen. Wir brauchen einen „Kommunalen Rettungsschirm“, teilte der kommunale Wahlbeamte mit.

Einigkeit bestand darin, die Lebensverhältnisse zwischen ärmeren und reichen Städten nicht allzu weit auseinanderdriften zu lassen. Notwendig sei ferner eine grundlegende Neuorientierung des Kommunalen Finanzsystems. Denn das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF), das seit 2009 die Haushaltsaufstellung auf das dopische System umgestellt hat, preist neben dem Aufwand auch Pensionsrückstellungen für die eigenen Beschäftigten sowie Abschreibungen in den Haushalt ein. Alleine für Köln bedeutet das pro Jahr einen rechnerischen Mehraufwand in Höhe von weit über 200 Millionen Euro.

Berliner Erklärung soll Druck auf Bund machen

Die NRW-Kommunen machen Druck. „Den Gesprächen müssen jetzt auch bald Taten folgen, wir werden weiter intensiv auf eine Umsetzung pochen und den Kontakt nach Berlin halten“, so Lunemann, der auf den heute vorgelegten Forderungskatalog in der „Berliner Erklärung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch ein gerechtes Gemeindefinanzsystem“ verweist.

Darin geht es vor allem um eine Neuordnung der Soziallastenfinanzierung, eine Strategie zur Stärkung der kommunalen Investitionsfähigkeit und ein Sondertilgungsprogramm zum Abbau überproportionaler Verschuldung, damit die betroffenen Kommunen den Haushaltsausgleich und den Schuldenabbau realisieren zu können.

Auch in Zukunft wolle man weiter Druck machen. Denn nur durch ständiges Trommeln habe man es nun geschafft, in Berlin mit hochkarätigen Bundespolitikern zu sprechen. Hier müsse man ansetzen.

[Berliner Erklärung](#), [Druck](#), [Kommunalfinanzen](#), [NRW-Kommunen](#), [Stadtfinanzierung](#), [Stadtkämmerer](#), [Unterstützung](#)

KommunenNRW-Bürgermeister schlagen in Berlin Alarm

Dienstag, 24.02.2015, 16:01



dpa/B. v. Jutrczenka Das NRW-Aktionsbündnis kam in Berlin zusammen.

50 Bürgermeister und Kämmerer vor allem aus NRW haben von der Bundespolitik schnelle Hilfe im Kampf gegen die ausufernden Schulden in ihren Kommunalhaushalten gefordert.

Viele Städte könnten ihre [Kredite](#) trotz eisernen Sparens niemals zurückzahlen, warnte das Bündnis am Dienstag. Das liege vor allem daran, dass der Bund Kosten auf die Städte und Gemeinden abwälze, kritisierten die Sprecher der Initiative, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim und OB Peter Jung (CDU) aus Wuppertal. „Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr“, warnten sie. In Berlin traf die ungewöhnlich große Abordnung der Kommunen die Chiefs der Bundestagsfraktionen. Am Dienstagabend war ein Treffen mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geplant. In dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ sind mehr als 50 Kommunen vor allem aus NRW zusammengeschlossen.

Zusage in Berlin Bundestag will Städten helfen

am 25. Februar 2015 um 05:54 Uhr

Kreis Unna Der Bundestag will sich darum kümmern, dass unsere Städte und Gemeinden mehr Geld zur Verfügung haben. Diese Zusage haben Bürgermeister und Landräte aus Berlin mitgebracht.



Das NRW-Aktionsbündnis kam in Berlin zusammen. Foto: B. v. Jutrczenka

Für den Kreis Unna hatte Landrat Michael Makiolla an der Fahrt teilgenommen. Es gab Gespräche mit Vertretern aller Fraktionen. Das Städtebündnis drängt darauf, das Finanzsystem neu zu ordnen. Die Städte und Kreise sollen genug Geld zur Verfügung haben, ihre Aufgaben zu erfüllen. Noch in dieser Legislaturperiode soll sich nun etwas tun - das heißt: bis 2017.



Sie sind hier: [Hagen](#) / Lokalnachrichten

Lokalnachrichten

24.02.2015 15:30

Das "Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte" hat in Berlin einen Erfolg erzielt.



- Quelle: IMPORT

Das "Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte" hat in Berlin einen Erfolg erzielt. Das sagte Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann im 107.7-Radio-Hagen-Gespräch. Die teilweise dramatische finanzielle Lage vieler Kommunen wird demnach Thema einer Generaldebatte im Bundestag.

Wenn man mit einer Hand im Eiswasser ist und mit der anderen auf der Herdplatte, ist der Durchschnitt in Ordnung, aber es fühlt sich keiner wohl. Nach diesem Motto kann es laut Gerbersmann nicht weitergehen. Das parteiübergreifende Bündnis vertritt inzwischen 51 Städte und Gemeinden. Seit gestern ist eine Delegation in Berlin, um mit Politikern aller Bundestagsfraktionen zu sprechen. Die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Kämmerer fordern mehr Unterstützung von Bund und Ländern. Alle Parteien hätten dem Bündnis zugesagt, die unterschiedliche Finanzausstattung intensiv zu diskutieren, sagte uns der Stadtkämmerer. Er ist als einziger Hagerer Vertreter in Berlin. Oberbürgermeister Erik Schulz musste krankheitsbedingt passen.

Protest in Berlin – “Kommunaler Rettungsschirm” gefordert



Protest vor dem Reichstag gegen die finanzielle Misere der Städte. Foto: Walter Schernstein/Stadt MH

BERLIN/TRIER. Als einen “wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer gerechteren Finanzierung der Kommunen” hat Oberbürgermeister Klaus Jensen nach Angaben des Rathauses das zweitägige Treffen von rund 50 Oberbürgermeistern vom Aktionsbündnis “Für die Würde unserer Städte” in Berlin bezeichnet. Um auf die finanzielle Not der finanzschwachen Kommunen aufmerksam zu machen, führten die Stadtobehörten zahlreiche Gespräche mit ranghohen Vertretern der Fraktionen des Bundestages und kamen auch mit dem SPD-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zusammen.

Bei einem separaten Treffen mit den Trierer Bundestagsabgeordneten Bernhard Kaster (CDU), Katarina Barley (SPD) und Katrin Werner (Linke) besprach Jensen ausführlich die finanzielle Lage der Moselmetropole. “Wir sind auf viel Verständnis gestoßen und hoffen jetzt auf die konkrete Unterstützung der Bundestagsfraktionen und der zuständigen Gremien”, zog Jensen eine optimistische Bilanz seines zweitägigen Aufenthalts in der Bundeshauptstadt.

Die vielbeachteten Veranstaltungen des Aktionsbündnisses, dem Trier seit dem vergangenen Jahr angehört, hätten den Druck auf den Bund spürbar erhöht, so Jensen. Es komme jetzt darauf an, dass die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe schnell an die Kommunen weitergeleitet werde. Auf überraschend breite Zustimmung seien die Überlegungen gestoßen, die zukünftige Verwendung des Solidaritätszuschlags allgemein den finanzschwachen Kommunen zu Gute kommen zu lassen. “Die Spirale, wonach die armen Städte aufgrund der strukturellen Probleme immer ärmer werden, kehrt sich langsam um”, hofft Jensen. Es gebe ein immer stärkeres Bewusstsein dafür, dass den finanzschwachen Kommunen strukturell geholfen und damit den Städten ihre Würde für eigenständiges Handeln zurückgegeben werden müsse.

Die Kommunalpolitiker – an ihrer Spitze Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) mit ihren Kämmerern Uwe Bonan und Stadtdirektor Johannes Slawig – hatten eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

Eindeutige Zusagen

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung eindeutige Zusagen. Das versprochen für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing, für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bernhard Daldrup, für “Die Linke” der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, und für die Fraktion “Bündnis 90 / Die Grünen” die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete. Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus sieben Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen “Kommunalen Rettungsschirm”.



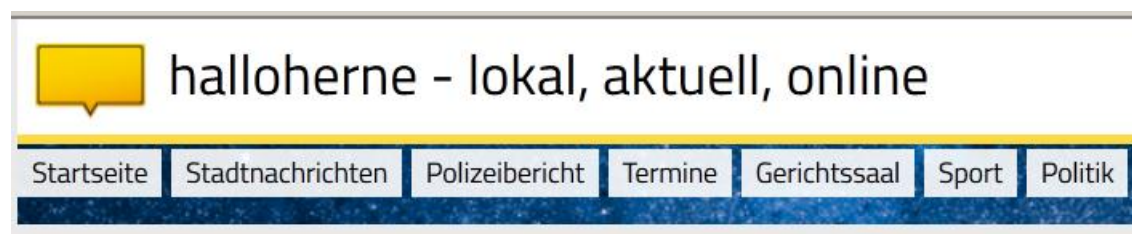
Die Mitglieder des Aktionsbündnisses, darunter OB Klaus Jensen (1. Reihe, 2. v. r.), im Gespräch mit Spitzenvertretern der CDU-Bundestagsfraktion. Foto: Walter Schernstein/Stadt MH

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit

ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. “Deshalb traten wir heute in Berlin nicht als Bittsteller, sondern mit der Forderung nach Gerechtigkeit auf”, erklärten alle Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Kämmerer. Dass ihr gemeinsamer Auftritt in Berlin ernst genommen wurde, bewies die zusätzliche Begegnung am Abend mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Die Oberbürgermeister und Kämmerer, allesamt politische Profis, wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. OB Dagmar Mühlenfeld und OB Peter Jung formulierten: “Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr. So weit darf es nicht kommen.”

Was die Kommunen als Erstes konkret erwarten, sagt Stadtkämmerer Bonan: “Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen Kostensteigerungsraten von den 5 Milliarden Euro Entlastung nur noch 1,5 Milliarden Euro netto übrig. Wir brauchen nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen.” (tr/et)



Protest der Kommunen vor dem Bundestag

Die Städtevertreter vor dem Deutschen Bundestag

Die Kommunalpolitiker hatten eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung Zusagen. Das versprochen für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing, für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bernhard Daldrup, für Die Linke der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, und für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete.

„Wir sind auf großes Verständnis für unsere Forderungen gestoßen. Die Gespräche sind sehr offen und konstruktiv gewesen. Besonders hervorzuheben ist, dass wir mit kommunalen Vertretern aus der ganzen Republik in Berlin sind, um zu zeigen, dass es Finanzstrukturprobleme in ganz Deutschland gibt“, schilderte Oberbürgermeister Horst Schiereck seine Eindrücke von den Berliner Gesprächen. Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus sieben Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen kommunalen Rettungsschirm.

Quelle: Stadt Herne 25. Februar 2015, 08:44 Uhr



Aktionsbündnis liefert Forderungen in Berlin ab



Vor dem Berliner Reichstag warb die Delegation für einen kommunalen Rettungsschirm



Der gemeinsame und parteiübergreifende Auftritt in der Hauptstadt stieß auf großes Medieninteresse/Fotos: Walter Schernstein/Stadt Mülheim



Mit diesen Forderungen sind die Mitglieder des Aktionsbündnisses nach Berlin gefahren

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet haben die Bürgermeisterinnen Dr. Dagmar Goch (Hattingen) und Sonja Leidemann (Witten) sowie die Kämmerer Dr. Frank Burbulla und Matthias Kleinschmidt für das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ von hochrangigen Bundespolitikern in Berlin Gerechtigkeit für Kommunen gefordert. Vervollständigt wurde der Teilnehmerkreis aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis durch Sprockhövels Kämmerer Rainer Kaschel.

Das parteiübergreifende Bündnis, dem sich inzwischen 52 Kommunen aus sieben Bundesländern angeschlossen haben, verlangt mehr Bundes- und Länderunterstützung, damit die vielfältigen Sparsbemühungen wirklich zur Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit führen. Einhellige Forderung aller Aktionsmitglieder ist eine baldige Debatte im Bundestag zur nicht mehr gegebenen, aber vom Gesetzgeber geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen deutschen Kommunen.

Delegation erreicht einige Zusagen

Gesprächspartner der Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und Kämmerer, die mehr als acht Millionen Menschen vertreten, waren in der Hauptstadt unter anderen Vizekanzler Sigmar Gabriel und Bundestagsvizepräsident Peter Hintze sowie die Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD), die parlamentarische Geschäftsführerin Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen) und der stellvertretende Fraktionschef der „Linken“, Dietmar Bartsch. Ebenfalls auf dem Programm stand ein Treffen mit den Bundestagsabgeordneten aus den Wahlkreisen der 52 Aktionsbündnis-Städten.

Erkenntnis der zahlreichen Gespräche: Die Städte können etwas optimistischer in die Zukunft sehen. Prominente Bundespolitiker stellten den Kommunen mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht. Eindeutige Zusagen gab es zudem für die Forderung einer baldigen Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden. Gleiches gilt für eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

"Ohne Hilfe für notleidende Kommunen, ist der soziale Frieden in Gefahr"

Die Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und Kämmerer wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. „Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr.“ Soweit dürfe es nicht kommen. Was die Kommunen als Erstes erwarten, ist die schnelle Umsetzung der versprochenen Entlastung bei den Eingliederungshilfen samt Dynamisierungsfaktor.

Die Mitglieder des Aktionsbündnisses, das von Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und ihrem Wuppertaler Kollegen Peter Jung (CDU) angeführt wird, drücken Kassenkredite von insgesamt 22,5 Milliarden Euro. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. „Deshalb sind wir in Berlin nicht als Bittsteller aufgetreten. Wir fordern Gerechtigkeit“, erklärten Teilnehmer.

Quelle: Presseinformation Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“



"Kommunaler Rettungsschirm" gefordert

24.02.2015

50 Oberbürgermeister vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" zeigen sich nach Gesprächen im Bundestag erwartungsvoll und kämpferisch.

Bei ihrem Ringen um die Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit sehen mehr als 50 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Landräte und Finanzdezernenten von Kommunen in Finanznot vom parteiübergreifenden Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" optimistischer in die Zukunft: Bei Gesprächen mit allen Fraktionen des Deutschen Bundestages stellten prominente Bundespolitiker mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht.

"Wir haben in Berlin unseren jahrelangen Forderungen nach einer gerechten Gemeindefinanzierung Nachdruck verliehen", so Oberbürgermeister Reinhard Paß. "Unsere strukturellen Schwierigkeiten, sind maßgeblich auf eine signifikant hohe und von den Kommunen selbst nur begrenzt beeinflussbare Kostenbelastung aus staatlich zugewiesenen Aufgaben zurückzuführen. Das muss endlich auch auf Bundesebene diskutiert werden."



"Neue Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich darf es nicht mehr geben", ergänzte Stadtkämmerer Lars-Martin Klieve. "Die Länder dürfen dem Konnexitätsprinzip nicht länger ausweichen. Übertragene Aufgaben, sollten die Kommunen nicht allein aus eigenen Mitteln bezahlen müssen. Für ursprünglich fremde Aufgaben müssen die zahlen, die den Kommunen diese Aufgaben übertragen haben. Hier sind Bund und Land in der Pflicht. Es braucht eine dauerhaft angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen, um handlungsfähige Städte und eine lebendige Selbstverwaltung zu garantieren! Auf keinen Fall dürfen die finanziellen Restriktionen der Schuldenbremse an Städte und Gemeinden weitergegeben werden."

Oberbürgermeister Reinhard Paß weiter: "Im Rahmen der Gespräche haben wir auch die Chance genutzt, die krisenhafte Zuspitzung des Themas Asyl anzusprechen. Bund und Land müssen sich stärker an den Kosten der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen beteiligen. Die steigenden Belastungen verstärken nochmals den Finanzdruck bei den Kommunen. Das Thema Flüchtlinge wird auch in den nächsten Jahren als gesamtstaatliche Aufgabe erhalten bleiben. Das darf den Kommunen als letztes Glied in der Kette aber nicht zum Verhängnis werden."

Die Kommunalpolitiker - an ihrer Spitze Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) mit ihren Kämmerern Uwe Bonan und Stadtdirektor Johannes Slawig - hatten eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung eindeutige Zusagen. Das versprochen für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing , für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer

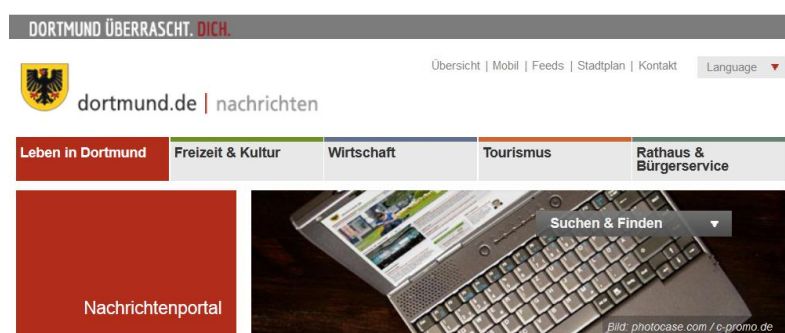
Sprecher Bernhard Daldrup, für "Die Linke" der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, und für die Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete.

Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus 7 Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen "Kommunalen Rettungsschirm".

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. "Deshalb traten wir heute in Berlin nicht als Bittsteller, sondern mit der Forderung nach Gerechtigkeit auf", erklärten alle Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Kämmerer. Dass ihr gemeinsamer Auftritt in Berlin ernst genommen wurde, bewies eine zusätzliche Begegnung am Abend mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Die Oberbürgermeister und Kämmerer, allesamt politische Profis, wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. OB Dagmar Mühlenfeld und OB Peter Jung formulierten: "Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr. Soweit darf es nicht kommen."

Was die Kommunen als Erstes konkret erwarten, sagt Stadtkämmerer Bonan: "Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen Kostensteigerungsraten von den 5 Milliarden Euro Entlastung nur noch 1,5 Milliarden Euro effektiv - netto- übrig. Wir brauchen nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen."



Aktionsbündnis

Oberbürgermeister fordern "Kommunalen Rettungsschirm"

50 Oberbürgermeister vom Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" sind zu Gesprächen nach Berlin gereist, um dort ihre Forderungen nach einer nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzierung vorzutragen. Unter ihnen auch Oberbürgermeister Sierau.



☞ Nach den Gesprächen im Bundestag, unter ihnen Oberbürgermeister Sierau (3.v.r.) zeigten sich die Vertreter des Aktionsbündnisses erwartungsvoll.

Bild: Walter Schernstein/Stadt MH

Die Vertreter des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte" zeigten sich nach Gesprächen im Bundestag erwartungsvoll und kämpferisch.

Bei ihrem Ringen um die Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit sehen mehr als 50 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Landräte und Finanzdezernenten von Kommunen in Finanznot vom parteiübergreifenden Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" optimistischer in die Zukunft: Bei Gesprächen mit allen Fraktionen des Deutschen Bundestages stellten prominente Bundespolitiker mehr Bundeshilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht.

Die Kommunalpolitiker - an ihrer Spitze Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) mit ihren Kämmerern Uwe Bonan und Stadtdirektor Johannes Slawig - hatten eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

Zum Thema

- ["Berliner Erklärung" des "Aktionsbündnisses für die Würde unserer Städte" \[pdf, 23 kB\]](#)

Eindeutige Zusagen gegeben

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung eindeutige Zusagen. Das versprochen für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing, für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bernhard Daldrup, für "Die Linke" der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für

Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, und für die Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete.

Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus sieben Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen "Kommunalen Rettungsschirm".

Forderung nach Gerechtigkeit

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden.

"Deshalb traten wir heute in Berlin nicht als Bittsteller, sondern mit der Forderung nach Gerechtigkeit auf", erklärten alle Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Kämmerer. Dass ihr gemeinsamer Auftritt in Berlin ernst genommen wurde, bewies eine zusätzliche Begegnung am Abend mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Die Oberbürgermeister und Kämmerer, allesamt politische Profis, wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. OB Dagmar Mühlenfeld und OB Peter Jung formulierten: "Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr. Soweit darf es nicht kommen."

Was die Kommunen als Erstes konkret erwarten, sagt Stadtkämmerer Bonan: "Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen Kostensteigerungsraten von den 5 Mrd. Euro Entlastung nur noch 1,5 Mrd. Euro effektiv - netto - übrig. Wir brauchen nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen."





24. Februar 2015 |

"Schicksalsjahr für unsere Kommunen"



Gruppenfoto mit dem Rettungsschirm vor dem Reichstag. FOTO: von Randow

Bundestagsvizepräsident Peter Hintze hat am Dienstag (24. Februar 2015) im Berliner Reichstag die 53 Oberbürgermeister und Kämmerer des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte" empfangen. Konkrete Zusagen gab es noch nicht.

Die Kommunalvertreter wurden angeführt vom Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung und Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld aus Mülheim a. d. Ruhr. Mit dabei waren auch Wuppertals Kämmerer Dr. Johannes Slawig und Prof. Ernst-Andreas Ziegler, einer der Cheforganisatoren des Aktionsbündnisses.

Hintze: "Das Jahr 2015 ist ein Schicksalsjahr für unsere Kommunen. Bund und Länder wollen sich in diesem Jahr auf eine neue Finanzverteilung einigen. Es wird dabei sehr darauf ankommen, dass dabei auch unsere Kommunen einen fairen Anteil durch die Länder eingeräumt bekommen. Weiter ist es wichtig die Kommunen im Bereich der sozialen Leistungen zu entlasten. Bei der Grundsicherung im Alter ist es gelungen, dass der Bund den Kommunen die volle Last abgenommen hat und die Grundsicherung im Alter zu 100 Prozent trägt."

Alle Fraktionen haben laut Hintze einer Debatte des Deutschen Bundestages zur Lage der Kommunen zugestimmt: "Damit ist das Ziel dieser Berlin-Fahrt des Bündnisses erreicht."

Studio Essen

Treffen mit Sigmar Gabriel: Städte fordern kommunalen Rettungsschirm

Von Olaf Biernat

Angeführt von einer Ruhrgebiets-Delegation sind heute 50 Oberbürgermeister und Kämmerer aus sieben Bundesländern im politischen Berlin unterwegs. Nach Gesprächen mit den Fraktionsspitzen steht am Abend ein Treffen mit Vize-Kanzler Sigmar Gabriel auf dem Programm. Die Kommunen fordern finanzielle Hilfen.



[Bild 1 vergrößern](#)

Die Oberbürgermeister wollen im Bundestag Gehör finden

Die Trillerpfeifen haben sie zu Hause gelassen. Stattdessen haben die Verwaltungsspitzen der Kommunen im Hintergrund Gespräche geführt. Das Aktionsbündnis *"Raus aus den Schulden – für die Würde unserer Städte"* hat an höchster Stelle für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Geldern und der Übertragung von Kosten geworben.

Mehr Gerechtigkeit gefordert



[Bild 2 vergrößern](#)

Die Städte sitzen auf ihren Schuldenbergen

Die Stimme der verschuldeten Städte wird immer lauter. Begonnen hat das Aktionsbündnis vor mehr als fünf Jahren im strukturschwachen Ruhrgebiet und im Bergischen Land. Mittlerweile haben sich Städte wie Kaiserslautern, Rostock oder Cuxhaven dem Bündnis angeschlossen. Gemeinsam stehen sie für mehr als acht Millionen Einwohner. Sie alle eint die finanzielle Notlage. Während Städte wie Dresden oder Wolfsburg schuldenfrei sind, drücken Kommunen wie Essen, Oberhausen, Bochum oder Mülheim an der Ruhr Milliardenschulden. Am Montag (23.02.2015) trafen die kommunalen Vertreter zunächst mit den Bundestagsabgeordneten ihrer Wahlkreise zusammen. Heute (24.02.2015) folgten Gespräche mit den Fraktionsspitzen von CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen sowie der Linken. Nach Angabe der Oberbürgermeister versprochen die Fraktionschefs, die Anliegen der Kommunen in die Parteien zu tragen. Am Abend steht noch ein Treffen mit Vize-Kanzler Sigmar Gabriel auf dem Programm. Das Aktionsbündnis will dabei nicht als Bittsteller auftreten, sondern mehr Gerechtigkeit in der kommunalen Familie fordern. *"Wenn das Grundgesetz ernst genommen wird, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Balance in Deutschland wieder hergestellt wird. Denn darin steht, dass die Lebensverhältnisse im Land vergleichbar sein müssen"*, sagt die Sprecherin des Aktionsbündnisses und Oberbürgermeisterin aus Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld.

Geld für Flüchtlinge nicht eingeplant

Mehr zum Thema

- [Steigende Schulden der NRW-Kommunen \[WDR\]](#)

Konkret hat das Bündnis in Berlin eine Debatte über die ungleichen kommunalen Finanzverhältnisse im Bundestag gefordert. Außerdem hoffen die verschuldeten Städte auf eine Neuverteilung der Sozialkosten. Denn die Ausgaben in den kommunalen Haushalten für Alte, Kranke, Behinderte oder Arbeitslose sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Allein die Stadt Essen muss in diesem Jahr rund 140 Millionen Euro für die Unterbringung von Hartz IV Empfängern bezahlen. Ein weiteres Beispiel sind die Kosten für die Unterkunft von Flüchtlingen: *"Im vergangenen Jahr mussten wir 19 Millionen Euro dafür bereitstellen. In diesem sind es bereits 46 Millionen Euro"*, beklagt der Kämmerer der Stadt Essen, Lars-Martin Klieve. Und das sind zusätzliche Kosten, die vorher nicht absehbar waren. Das Aktionsbündnis hofft, dass sich demnächst der Bundestag in einer Plenardebatte mit dem Finanzproblem der Städte und Gemeinden beschäftigt. *"Außerdem sollten die Kommunen mit am Tisch sitzen, wenn die Bund-Länder Finanzbeziehungen neu geregelt werden"*, sagt Mülheims OB Dagmar Mühlenfeld. Die Große Koalition hatte zwar im Koalitionsvertrag festgelegt, dass alle Kommunen bundesweit insgesamt eine Entlastung in Höhe von fünf Milliarden Euro bei der

Eingliederungshilfe für Behinderte bekommen. Aber seit Monaten wird darüber gestritten, ab wann und ob die Mittel auch tatsächlich fließen.

Optimismus nach dem Treffen

Bundestagsvizepräsident Peter Hintze hatte die Delegation aus sieben Bundesländern empfangen. Dabei gab es auch einen Fototermin vor dem Reichstag, bei dem die Oberbürgermeister und Kämmerer Transparente hochhielten. Nach dem Treffen gab sich Sprecherin Dagmar Mühlenfeld optimistisch: "Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung".

Notlage soll gesehen werden



[Bild 3 vergrößern](#)

In vielen Städten bekommen Bürger bereits konkrete Spar-Auswirkungen vor Ort zu spüren: Schwimmbäder wurden geschlossen, Bibliotheken dicht gemacht, die Öffnungszeiten von Ämtern gekürzt und marode Sportplätze können nicht modernisiert werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Hilferufe der Kommunen bereits erhört und einen Stärkungspakt Stadtfinanzen aufgelegt. Dabei fließen jedes Jahr viele Fördermillionen. Doch das reicht in den Augen der Kommunen nicht, außerdem seien die Städte im Gegenzug zu noch mehr Sparen verpflichtet.



Websuche mit 

 [Home](#) |  [4° Wetter](#) |  [Lotto](#) |  [Shopping](#) |  [Telefonverz.](#) |  [Tarife & Produkte](#) |  [Hilfe](#)

[Nachrichten](#) | [Sport](#) | [Wirtschaft](#) | [Unterhaltung](#) | [Lifestyle](#) | [Auto](#) | [Spiele](#) | [Eltern](#) | [Digital](#) | [Reisen](#) | [Ratgeber](#)

[Deutschland](#) | [Europa](#) | [Asien](#) | [Amerika](#) | [Afrika](#) | [Mittelmeer](#) | [Wissenschaft](#) | [Gesundheit](#) | [Recht](#) | [Kultur](#) | [Sport](#) | [Wirtschaft](#) | [Unterhaltung](#) | [Lifestyle](#) | [Auto](#) | [Spiele](#) | [Eltern](#) | [Digital](#) | [Reisen](#) | [Ratgeber](#)

NRW-Bürgermeister schlagen in Berlin Alarm

24.02.2015, 16:08 Uhr | dpa



Bürgermeister und Kämmerer aus NRW in Berlin. Das NRW-Aktionsbündnis kam in Berlin zusammen. Foto: B. v. Jutrczenka (Quelle: dpa)

50 Bürgermeister und Kämmerer vor allem aus NRW haben von der Bundespolitik schnelle Hilfe im Kampf gegen die ausufernden Schulden in ihren Kommunalhaushalten gefordert. Viele Städte könnten ihre Kredite trotz eisernen Sparens niemals zurückzahlen, warnte das Bündnis am Dienstag. Das liege vor allem daran, dass der Bund Kosten auf die Städte und Gemeinden abwälze, kritisierten die Sprecher der Initiative, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim und OB Peter Jung (CDU) aus Wuppertal. "Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr", warnten sie.

Mehr zu Nordrhein-Westfalen

- [Quiz: Kennen Sie sich in Nordrhein-Westfalen aus?](#)

In Berlin traf die ungewöhnlich große Abordnung der Kommunen die Chefs der Bundestagsfraktionen. Am Dienstagabend war ein Treffen mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geplant. In dem Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" sind mehr als 50 Kommunen vor allem aus NRW zusammengeschlossen.

Kommunen NRW-Bürgermeister schlagen in Berlin Alarm



Das NRW-Aktionsbündnis kam in Berlin zusammen. Foto: Bernd von Jutrczenka

Berlin/Mülheim (dpa/lnw) - 50 Bürgermeister und Kämmerer vor allem aus NRW haben von der Bundespolitik schnelle Hilfe im Kampf gegen die ausufernden Schulden in ihren Kommunalhaushalten gefordert. Viele Städte könnten ihre Kredite trotz eisernen Sparens niemals zurückzahlen, warnte das Bündnis am Dienstag. Das liege vor allem daran, dass der Bund Kosten auf die Städte und Gemeinden abwälze, kritisierten die Sprecher der Initiative, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim und OB Peter Jung (CDU) aus Wuppertal. «Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr», warnten sie.

Von dpa

In Berlin traf die ungewöhnlich große Abordnung der Kommunen die Chefs der Bundestagsfraktionen. Am Dienstagabend war ein Treffen mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geplant. In dem Aktionsbündnis «Für die Würde unserer Städte» sind mehr als 50 Kommunen vor allem aus NRW zusammengeschlossen.

DIE WELT

24.02.15

NRW-Bürgermeister schlagen in Berlin Alarm



Foto: dpa

Berlin/Mülheim (dpa/lnw) - 50 Bürgermeister und Kämmerer vor allem aus NRW haben von der Bundespolitik schnelle Hilfe im Kampf gegen die ausufernden Schulden in ihren Kommunalhaushalten gefordert. Viele Städte könnten ihre Kredite trotz eisernen Sparens niemals zurückzahlen, warnte das Bündnis am Dienstag. Das liege vor allem daran, dass der Bund Kosten auf die Städte und Gemeinden abwälze, kritisierten die Sprecher der Initiative, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim und OB Peter Jung (CDU) aus Wuppertal. «Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr», warnten sie.

In Berlin traf die ungewöhnlich große Abordnung der Kommunen die Chefs der Bundestagsfraktionen. Am Dienstagabend war ein Treffen mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geplant. In dem Aktionsbündnis «Für die Würde unserer Städte» sind mehr als 50 Kommunen vor allem aus NRW zusammengeschlossen.



[Startseite](#)
[M-V](#)
[Schwerin](#)
[Rostock](#)
[LK Rostock](#)
[Nordwestmecklenburg](#)
[Ludwigslust-Parchim](#)
[Mecklenburgische Seenplatte](#)
[Vorpommern-Rügen](#)
[Vorpommern-Greifswald](#)
[Kurios](#)
[Geschichten](#)
[Im Gespräch](#)
[Kloock-Foto spezial](#)
[VORGESTELLT](#)

Archiv für das Schlagwort ‘Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte”’

[Bündnis „Für die Würde unserer Städte“ zu Gesprächen im Bundestag](#)

[Generaldebatte gefordert / Berliner Erklärung verabschiedet](#)



24.2.2015 - Die Mitglieder des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte” informierten heute im Deutschen Bundestag die Fraktionsspitzen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken über die finanziellen Probleme ihrer Städte. Deutlich wurde dabei, dass die Sicherung der Lebensqualität und des sozialen Ausgleichs bei einer weiteren Verschärfung der kommunalen Finanznot gefährdet sind. Diese bedrohe auch die demokratischen Strukturen und den sozialen Zusammenhalt in den Städten. „Wir konnten deutlich machen, dass die Situation in unseren Städten kein Problem von Himmelsrichtungen ist. Die Finanznot ist vielmehr ein deutliches Anzeichen von Strukturschwäche. Steigende Soziallasten, Investitionsstau und hohe Kassenkredite nehmen uns die Luft zum Atmen. Hierbei muss der Bund den Städten helfen“, so Angelika Gramkow, Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin und Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetags. Das Bündnis verabschiedete eine gemeinsame „Berliner Erklärung“ und forderte eine Generaldebatte zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems im Deutschen Bundestag. Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. Das Land

BERLIN Das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ informierte gestern im Bundestag die Fraktionsspitzen über Finanzprobleme der Städte. „Steigende Soziallasten, Investitionstau und hohe Kassenkredite nehmen uns die Luft zum Atmen. Hierbei muss der Bund den Städten helfen“, so Schwerins OB Angelika Gramkow. Das Aktionsbündnis umfasst bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von 22,5 Milliarden Euro, die sie nicht zurückzahlen können. MV ist durch Rostock, Wismar und Schwerin vertreten.

Kommunen erhalten Rettungsschirm

FINANZNOT Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ bekommt in Berlin Zusage für mehr Bundeshilfe

MAINZ (red). Im Ringen um die Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit sehen über 50 Oberbürgermeister, Landräte und Finanzdezernenten – darunter auch der Mainzer Bürgermeister und Finanzdezernent Günter Beck – vom parteiübergreifenden Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ optimistischer in die Zukunft: Bei Gesprächen mit den Bundestagsfraktionen stellten Bundespolitiker mehr Hilfe zur kommunalen Selbsthilfe in Aussicht, teilt die Stadt mit. Die Kommunalpolitiker hatten eine baldige Plenardebatte sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislatur gefordert. Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen hätten die Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und



Die Gruppe der Stadtchefs und Finanzpolitiker vor dem Reichstag in Berlin.

Foto: Walter Schernstein

Regierung eindeutige Zusagen gegeben, heißt es. Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus sieben Bundesländern vor dem Reichstag empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen „Kommunalen Rettungsschirm“. Bürgermeister Beck fasst zusammen, was die Kommunen konkret erwarten: „Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen

Kostensteigerungsraten von den fünf Milliarden Euro Entlastung nur noch 1,5 Mrd. Euro effektiv (netto) übrig.“ Man brauche nachhaltige Entlastungen. Auch die Mainzer Bundestagsabgeordnete Tabea Rößner (Grüne) begrüßt die Gründung des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“. „Von Bundesebene kommen immer weitere Aufgaben hinzu, so dass die Erfüllung der Pflichtaufgaben für Kommunen kaum mehr zu bewältigen ist“, sagt sie. So zahle die Stadt Mainz für die Unterbringung von Flüchtlingen rund 500 Euro

pro Monat für jeden Flüchtling drauf. „Der Bund muss dafür sorgen, dass die Städte wieder angemessen finanziell ausgestattet werden“, sagt Rößner. Es brauche eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparsens niemals zurückzahlen.

trier.de

Startseite | Kontakt | Stadtplan | Tourismus



24.02.2015 | Finanzen

"Kommunaler Rettungsschirm" gefordert



Die Mitglieder des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte" vor dem Reichstag in Berlin.

Foto: Walter Schernstein/Stadt MH

Als einen „wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer gerechteren Finanzierung der Kommunen“ hat Oberbürgermeister Klaus Jensen das zweitägige Treffen von rund 50 Oberbürgermeistern vom Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ in Berlin bezeichnet. Um auf die finanzielle Not der finanzschwachen Kommunen aufmerksam zu machen, führten die Stadtoberhäupter zahlreiche Gespräche mit ranghohen Vertretern der Fraktionen des Bundestages und kamen auch mit dem SPD-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zusammen.

Bei einem separaten Treffen mit den Trierer Bundestagsabgeordneten Bernhard Kaster (CDU), Katarina Barley (SPD) und Katrin Werner (Linke) besprach Jensen ausführlich die finanzielle Lage der Moselmetropole. „Wir sind auf viel Verständnis gestoßen und hoffen jetzt auf die konkrete Unterstützung der Bundestagsfraktionen und der zuständigen Gremien“, zog Jensen eine optimistische Bilanz seines zweitägigen Aufenthalts in der Bundeshauptstadt.

Die vielbeachteten Veranstaltungen des Aktionsbündnisses, dem Trier seit dem vergangenen Jahr angehört, hätten den Druck auf den Bund spürbar erhöht, so Jensen. Es komme jetzt darauf an, dass die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe schnell an die Kommunen weitergeleitet werde. Auf überraschend breite Zustimmung seien die Überlegungen gestoßen, die zukünftige Verwendung des Solidaritätszuschlags allgemein den finanzschwachen Kommunen zu Gute kommen zu lassen. „Die Spirale, wonach die armen Städte aufgrund der strukturellen Probleme immer ärmer werden, kehrt sich langsam um“, hofft Jensen. Es gebe ein immer stärkeres Bewusstsein dafür, dass den finanzschwachen Kommunen strukturell geholfen und damit den Städten ihre Würde für eigenständiges Handeln zurückgegeben werden müsse.

Die Kommunalpolitiker - an ihrer Spitze Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr und Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) mit ihren Kämmerern Uwe Bonan und Stadtdirektor Johannes Slawig - hatten eine baldige Plenardebatte des Deutschen Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten und Gemeinden sowie eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislative des Deutschen Bundestages gefordert.

Eindeutige Zusagen

Für die Annahme beider Forderungen sowie eine Reihe weiterer konkreter Erwartungen zur Einhaltung von Bundeszusagen zur Unterstützung der Kommunen gaben ihre Gesprächspartner in Fraktionen, Parteien und Regierung eindeutige Zusagen. Das versprochen für die CDU-CSU-Fraktion ihr Vorsitzender Volker Kauder und ihr kommunalpolitischer Sprecher Ingbert Liebing, für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Thomas Oppermann und ihr kommunalpolitischer Sprecher Bernhard Daldrup, für "Die Linke" der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Sprecherin für Kommunalpolitik Kerstin Kassner und die Sprecherin für Kommunalfinanzen Susanne Karawanskij, und für die Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und die parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin Britta Haßelmann sowie weitere Bundestagsabgeordnete.

Offiziell hatte Bundestagsvizepräsident Peter Hintze die Delegation des Aktionsbündnisses mit Mitgliedern aus 7 Bundesländern vor dem Reichstag zu einem Fototermin empfangen. Dabei verlangten die Kommunalpolitiker vom Bund einen "Kommunalen Rettungsschirm".

Im Aktionsbündnis haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern und Kassenkrediten von insgesamt 22,5 Milliarden Euro zusammengeschlossen. Diese Summe können die Städte trotz eisernen eigenen Sparens niemals zurückzahlen. Das Bündnis begründet

seine Appelle an die Bundespolitik mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. "Deshalb traten wir heute in Berlin nicht als Bittsteller, sondern mit der Forderung nach Gerechtigkeit auf", erklärten alle Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Kämmerer. Dass ihr gemeinsamer Auftritt in Berlin ernst genommen wurde, bewies die zusätzliche Begegnung am Abend mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Die Oberbürgermeister und Kämmerer, allesamt politische Profis, wollen sich allerdings mit wohlmeinenden Ankündigungen allein nicht zufrieden geben. OB Dagmar Mühlenfeld und OB Peter Jung formulierten: "Wir sind guten Mutes, dass die Bundespolitiker Wort halten, dennoch bleiben wir weiter kämpferisch. Immerhin sprechen wir für zehn Prozent der deutschen Bevölkerung. Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr. So weit darf es nicht kommen."

Was die Kommunen als Erstes konkret erwarten, sagt Stadtkämmerer Bonan: "Die versprochene Entlastung in der Eingliederungshilfe muss schnell und mit einem Dynamisierungsfaktor kommen. In 2018 sind durch die üblichen Kostensteigerungsraten von den 5 Milliarden Euro Entlastung nur noch 1,5 Milliarden Euro netto übrig. Wir brauchen nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen."

Hinweis an die Presse:

Unter "Downloads" finden Sie zur Veröffentlichung freigegebene Bilder in hoher Auflösung. Bitte geben Sie als Bildnachweis "Walter Schernstein/Stadt MH" an

Mittwoch, 25. Februar 2015

www.waz.de/gelsenkirchen

Hilfe eingefordert

Stadtkämmerer in Berlin

Gelsenkirchens Stadtkämmerer Dr. Georg Lunemann (CDU) bewertet den Verlauf der Gespräche am Dienstag in Berlin zwischen Vertretern des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ und hochrangigen Vertretern der Bundestagsfraktionen durchaus optimistisch.

Lunemann: „Es ist uns gelungen aufzuzeigen, dass die im Aktionsbündnis vertretenen Städte durch strukturelle Probleme nicht an der durchschnittlich positiven Entwicklung der Kommunen teilnehmen können. Was wir auch in Gelsenkirchen brauchen sind nachhaltige Entlastungslösungen, um aus der Vergeblichkeitsfalle herauszukommen. Wir brauchen einen Kommunalen Rettungsschirm.“

Das Aktionsbündnis sprach mit den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU/CSU), Thomas Oppermann (SPD) und Katrin Göring-Eckardt (Grüne) sowie dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Linken, Dietmar Bartsch, und weiteren Bundestagsabgeordneten.

Einig war man sich darin, dass mehr Unterstützung des Bundes zur kommunalen Selbsthilfe notwendig ist. Eine Debatte des Bundestages zur nicht mehr gegebenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen reichen und um ihre Zukunft kämpfenden Städten ist geplant; außerdem eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode.

Sie befinden sich hier: [Home](#) > Schildbürger

25.02.15, 07:01 DEMONSTRATION

Schildbürger

Rund 50 Bürgermeister des Kommunalbündnisses "Für die Würde unserer Städte" haben am Dienstag vor dem Reichstag Hilfe im Kampf gegen die ausufernden Schulden in ihren Kommunalhaushalten gefordert.

Viele Städte könnten ihre Kredite trotz eisernen Sparens niemals zurückzahlen. Das liege vor allem daran, dass der Bund Kosten auf die Städte und Gemeinden abwälze. "Wird den notleidenden Kommunen nicht konkret geholfen, ist der soziale Frieden in Gefahr", warnten sie. Bundestagsvizepräsident Peter Hintze (M., CDU) hatte die Abordnung zuvor empfangen.

SWR Mediathek

[LIVE](#) [SENDUNG VERPASST?](#) [THEMEN](#) [SENDUNGEN A-Z](#)



Landesschau aktuell Rheinland-Pfalz
Aktionsbündnis - Kommunen fordern mehr Geld vom Bund

24.2.2015 | 19.30 Uhr | 2:24 min



aus der Sendung:



[Alle Clips der Sendung in der Mediathek](#)

<http://swrmediathek.de/player.htm?show=7d2708f0-bc60-11e4-a029-0026b975f2e6>



http://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/lokalzeit/lokalzeit-aus-dortmund/videokommunenwerbeninberlinumfinanzielleunterstuetzung100_si-ze-L.html?autostart=true#banner



Hamm will mehr Geld aus Berlin

Bündnis „Für die Würde unserer Städte“

HAMM/BERLIN ■ Kämmerer Markus Kreuz (CDU) zieht ein positives Fazit der Aktion „Für die Würde unserer Städte“. Unter diesem Motto hatten Oberbürgermeister und Kämmerer aus zahlreichen deutschen Städten am Dienstag in Berlin Gespräche mit den Bundestagsfraktionen geführt. Hamm wurde dabei von Kreuz vertreten.

Die Bundespolitiker hätten die Sorgen der Kommunen durchaus ernst genommen, sagte Kreuz. Ein finanzielles Entgegenkommen des Bundes deute sich bei der Kostenübernahme in Asylfragen und im Sozialbereich an. Die Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU) und Thomas Oppermann (SPD) hätten sich aufgeschlossen für eine vorzeitige Auszahlung von Entlastungsgeldern gezeigt, die der Bund eigentlich erst nach 2018 überweisen wollte.

Es handelt sich um eine Summe von insgesamt fünf Milliarden Euro für die Kommunen, die im Koalitionsvertrag vereinbart worden war. Zwar fließt in diesem Jahr die erste Milliarde, der Rest ist aber bis nach 2018 aufgeschoben. Kauder und Oppermann zufolge könnten aber 2017 bereits 1,5 Milliarden und 2018 nochmals 2,5 Milliarden



Markus Kreuz mit Kollegen in Berlin. ■ Foto: Jutrczenka

Euro bereitgestellt werden, so Kreuz.

Die Kommunalpolitiker forderten zudem ein Konjunkturprogramm III für Investitionen in die Infrastruktur, so Kreuz weiter. Hier müsse der Bund sich noch bewegen. Die Zuweisung von Mitteln solle sich zudem an der Bedürftigkeit von Städten orientieren. Kommunen mit hohen Sozialausgaben bräuchten mehr Unterstützung als solche, denen es vergleichsweise gut gehe.

Der Bundestagsabgeordnete Michael Thews (SPD) schloss sich den Forderungen der Städte an. Die Fördermilliarden des Bundes müssten spätestens 2016 beschlossen werden. ■ jf → Hintergrund

MITTWOCH

HINTERGRUND

25. FEBRUAR 2015



Großer Bahnhof vor dem Reichstag in Berlin: Rund 50 Bürgermeister – zum großen Teil aus NRW – fordern Hilfe für ihre notleidenden Kommunen. ■ Foto: dpa

NRW-Bürgermeister schlagen Alarm

Große Abordnung fordert Hilfe in Berlin

BERLIN ■ 50 Bürgermeister und Kämmerer vor allem aus NRW haben von der Bundespolitik schnelle Hilfe im Kampf gegen die ausufernden Schulden in ihren Kommunalhaushalten gefordert. Bei Treffen mit den Spitzen aller Bundestagsfraktionen und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) mahnten sie am Dienstag eine grundlegende Neuordnung des kommunalen Finanzsystems an.

Die Kommunen seien keine Bittsteller sondern hätten Anspruch auf eine gerechte Finanzierung ihrer Aufgaben, betonten die Bürgermeister. Der Bund habe in der Vergangenheit eine Vielzahl von Gesetzen ohne ausreichende Gegenfinanzierung zulasten der Kommunen erlassen. Des-

halb sei Hilfe des Bundes eine Frage der Gerechtigkeit.

Als erster Schritt müsse die versprochene Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe für Behinderte umgesetzt werden. Der Betrag müsse zudem um die zu erwartenden Kostensteigerungen erhöht werden, sonst blieben von den zugesagten fünf Milliarden Euro nur noch netto 1,5 Milliarden Euro übrig.

Unter dem Motto „Für die Würde unserer Städte“ haben sich bundesweit 52 Städte mit mehr als acht Millionen Einwohnern zusammengeschlossen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie haben nach Angaben des Bündnisses rund 22,5 Milliarden Euro an Kassenkrediten aufgenommen. ■ dpa

Weitere Treffer:

<http://nordstadtblogger.de/23981>

<http://www.remscheid.de/pressearchiv/meldungen-2015/02-februar/146380100000119116.php>

<https://tv58.wordpress.com/2015/02/24/kommunaler-rettungsschirm-gefordert/>

<http://www.snaktuell.de/index.php?content=news&view=9994>

http://www.herne.de/kommunen/herne/ttw.nsf/id/DE_Kommunaler-Rettungsschirm-gefordert